

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin einmal, im übrigen zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnort bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Geschäftsbezug beschränkt sich auf Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Valuten-Auslieferung, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 54.

Die achtzehnjährigen Minderjährigen haben keinen Anspruch auf eine ausschließlich Erziehungsaufsicht. Klein-Arbeiter: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erziehungsaufsicht. Kaufleute: Angelegenheiten 10,- M., Familien-Angelegenheiten und Gerichten-Gebühren 2,20 M., neue von Seite. Großen-Berlin: In Wort-Angelegenheiten das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4515, 4603, 4625, 4649, 4623

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Preußenwahlen

### Was steht auf dem Spiele?

Preußen war unter den Hohenzollern der feste Stützpunkt der Reaktion im Reich. Das Offizierskorps, die Bürokratie mit dem Landrat an der Spitze und der hinterpommersche Adelsadel waren maßgebend für seine Politik. Schulmeister, Rekrutenschinder und Pfaffen waren die willigen Diener dieser Herrschaft. Das Kapital machte unter dem Schutz der reaktionären Gardengute Geschäfte. Und dieses System konnte bestehen dank der Dreiklassenwahlrecht und der Macht der Rummelkammer des Herrenhauses.

Dreiklassenwahlrecht und Herrenhaus sind dahin.

Pfaffen aber und Schulmeister, Offiziere und Landräte sind geblieben.

Der adlige Großgrundbesitz wuchert durch hohe Lebensmittelpreise das Volk aus. Und ihren Anspruch auf entscheidende politische Macht haben sie alle miteinander nicht preisgegeben. Der bisherige Verlauf des politischen Geschehens seit der Revolution hat ihnen Mut und ihre Zuversicht von neuem gesteigert. Die preußische wie die Reichspolitik seit dem November 1918 hat ihnen gezeigt, daß sich nicht nur Schulmeister und Pfaffen, sondern auch demokratische, liberale und rechtssozialistische „Realpolitiker“ zu ergebenen Mitteln einer Herrschaft des großen Besitzes, des Agrarierturns wie des industriellen Kapitals, mit inbrünstiger Eingabe gedrausen lassen.

Die Ziele der alten Herrscher in Preußen sind die gleichen geblieben. Sind sie wieder in der Macht, dann werden auch ihre Herrschaftsmittel die alten sein.

Auch das Offizierskorps steht bereit. Mit guten Pensionen entlassen und Scheinbar zur Ohnmacht verdammt, bildet es in unterirdischen Verbänden neue Stützpunkte für sein politisches Wirken.

Schon rufen diese Kreise nach einem neuen Krieg.

Sie wollen sich bewähren! Nach dem Muster ihrer großen Vorbilder, der Hahndreier mit der genialen Geste und dem Talent des Bismarck, Ludendorff und Hindenburg, wollen sie in blutigem Sabanquepiel den Reiter des Vaterlandes aus nationaler Schmach darstellen. Am danach das gewonnene Ansehen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht zu gebrauchen.

Arbeiter, Parteigenossen! Zählt ihnen heim für vergangene Sünden und für das freie Spiel, das sie täglich von neuem mit den Interessen des Volkes treiben. Bannt die Gefahr! Werft in kräftigem Ansturm am 20. Februar alle Stützen dieser Gesellschaft über den Haufen und räumt die stützenden Ueberreste ihrer Herrschaft hinweg, die dank der maßlosen Nachgiebigkeit der gegenwärtig regierenden Parteien stehen geblieben sind.

Sagt allen Militaristen und Kriegstreibern Fehde an!

Verjagt die Geistlichen aus der Schule!

Treibt die agrarischen Lebensmittelwucherer zu Paaren!

### Wählt Unabhängige Sozialdemokraten!

Angesichts der drohenden reaktionären Gefahr ist der Wahlkampf nicht nur ein Kampf um Mandate, sondern ein Kampf um ein freies politisches Recht überhaupt.

Für die Arbeiterklasse Groß-Berlins ist er weiter ein Kampf um die Erhaltung des in schweren Kämpfen erzwungenen sozialistischen Einflusses in der Gemeinde.

Die Reaktionen warten nur auf ihren Sieg im Staat, um überall, wo Anstöße zu einer Gestaltung der Gemeindepolitik im

Sinne des Proletariats vorhanden sind, diese ersten Keime mit brutaler Hand auszurotten.

Im Wahlkampf geht es ferner um freie Schulen für die Kinder der Arbeiterklasse. Hier hat die Reaktion noch keinen Fußbreit ihres Einflusses preisgegeben. Kleine äußere Reformen dürfen nicht darüber täuschen, daß das ganze reaktionäre Innere der Volksschule vollständig erhalten geblieben ist.

Wir müssen ferner kämpfen um ein freies Beamtenrecht.

Die Reichs- und Staatsregierung haben — in Preußen unter Beteiligung von Sozialisten — den Beamten das Streikrecht verweigert. Der Beamte soll auch ferner minderen Rechts sein. Getrennt von der Masse des Volkes soll er ein Werkzeug zur Unterdrückung des Volkes nach den Befehlen der herrschenden Mächte bleiben.

### Beamte wacht auf!

Seht Euch zur Wehr gegen diese Entwürdigung. Die Hilfe der revolutionären Arbeiterklasse unter Führung der U. S. D. ist Euch sicher.

Das Agrarierturn trachtet nach der Beseitigung des Koalitionsrechts der Landarbeiter. Es bringt Proletarier aus dem Elfen in Massen ins Land, arme, hilflose Menschen, die der Sprache und der Gesehgebung des Landes unkundig sind und als gefügige Arbeitskräfte von den Agrariern den deutschen organisierten Landarbeitern vorgezogen werden.

Genossen, werbt unter den Landarbeitern! Sendet die „Freiheit“ aus Land. Verteilt Flugblätter und werbt für die Kandidaten der U. S. D.

Nur diese wenigen Einzelheiten seien genannt. Sie zeigen, daß Wichtiges auf dem Spiele steht.

### Proletarier! Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Führt den Kampf gegen die drohende Reaktion, wie gegen die verderbliche Politik des Entgegenkommens gegen sie, die, von den bisherigen Regierungsparteien betrieben, den monarchistisch-militaristischen Reaktionen die Bahn geebnet hat.

Nicht den Kampf um die endgültige Machtergreifung durch das Proletariat gilt es in diesen Tagen, aber einem

### Kämpfen um den Kampfboden.

auf dem das Proletariat die Schlachten um die eigene Befreiung schlagen muß, kommt die Wahlbewegung gleich. Siegt die Reaktion, dann ist das Proletariat geschwächt und auf Jahre zurückgeworfen. Verhütet diese Niederlage! Verhütet sie auch, indem Ihr nicht denen folgt, die die Kampfboden des Proletariats schwächen wollen durch Wahlenthaltung, auch nicht denen, die die Organisationen der Arbeiterklasse spalten durch die Jagd nach Scheinrevolutionären Phantomen, auch nicht jenen, die die Kraft des Proletariats zermürben durch eine verderbliche Politik der Kompromisse.

Kämpft für den Sieg der revolutionären Arbeiterklasse.

### Werbt und stimmt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

zu verdienen gelernt haben. Da diese Arbeit aber viel Kraft im Anspruch nimmt, erhalten die Herren zunächst einmal 35 Mark Stundenlohn, also bei zehnstündiger Arbeitszeit 350 Mark täglich.

Diese 350 Mark sind zunächst dafür bestimmt, daß die Herren Kappoffiziere im Auto spazieren fahren. Man hat eine trostliche Begründung für diese hohen Tagelöhner gefunden. Die Unterklasse seien so groß gewesen, daß man ihnen durch solche Tagelöhner vorzuziehen müsse. Selbstverständlich hat sich nichts an der Korruption geändert, und es wimmelt von geschenkten Gehältern und sonstigen kostbaren Vermittlungsgebühren. Es gibt Leute, die im Laufe weniger Wochen hunderttausende auf diese Weise geschoben haben. Wir wollen heute mit den Namen noch etwas zurückhalten, denn wir glauben, daß dieser Alarm genügen wird, um die Berliner verantwortlichen Stellen zu veranlassen, Ordnung zu schaffen. Nur die beiden Hauptthemen mögen genannt sein: ein gewisser Ingenieur Meyer und vor allem der aus dem Kapp-Putsch bekannte Sohn des General Putz.

Die für die Bewilligung der Gelder verantwortlichen Parlämente werden sich schleunigst mit dieser Frage beschäftigen müssen. Die Steuern der Arbeiter sind nicht dazu da, den Kappoffizieren ein sorgloses Schieberdasein zu ermöglichen.

## Agrarische Erziehungsgesetze

Die verflozene preußische Landesversammlung hat zu merklichen Reformen keine Zeit gefunden, trotz ihrer langen Lebensdauer. Wir werden heute noch regiert mit den alten reaktionären Gesetzen und Bestimmungen aus der Zeit des alten Dreiklassen- und Junkerregiments. Wo Gesetze nicht mehr ausreichten, traten an ihre Stelle Ministerialverordnungen und Kabinettsordres. Willkür war Trumpf. Daran ist nichts, aber auch gar nichts geändert. Im neuen Preußen ist auch der ganze alte Wunder in junkerlicher Reinkultur erhalten geblieben, und es soll Aufgabe des neuen Landtags sein, den Geist des Junkertums aus der preußischen Gesehsmacherei auszutreiben. Das wird sich aber danach richten, wie das neue Preußenparlament zusammengesetzt sein wird. Um nur ein Beispiel von vielen zu nennen: Wie dringend nötig wäre allein eine gründliche Reform der Fürsorgeerziehung!

Die Erziehungsmethoden, die in den heutigen Gesetzen verankert sind, sind Fleisch vom Fleische des Junkertums. Mit Bibel und Kegel sollen die Opfer der heutigen unfürsorglichen kapitalistischen Ordnung erzogen werden; etwas anderes war auch von dem alten Dreiklassenparlament nicht zu erwarten. Das Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, wie sein offizieller Titel lautet, wurde von dem alten preußischen Landtag im Jahre 1900 gemacht und trägt die bekannte Einleitungsformel: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen usw. verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags für den Umfang der Monarchie...“

Was besagt nun dieses noch heute in Geltung befindliche Gesetz! In Fürsorgeerziehung (frühere Zwangserziehung) sollen überwiesen werden Minderjährige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, um die Verwahrlosung zu verhüten, wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der in Anbetracht seines jugendlichen Alters er strafrechtlich nicht verfolgt werden kann und die Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung die Persönlichkeit der Eltern oder der sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist und endlich, wenn Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des sittlichen Verderbens der Minderjährigen notwendig ist.

Wie man sieht, wird in diesem Gesetz mit dem Begriff der Verwahrlosung gearbeitet. Das ist das Wesen unserer gesellschaftlichen Zustände: erst läßt man den Armen schuldig werden, und dann überläßt man ihn der Pein. Die gesellschaftlichen Zustände sind es, die „Verwahrloste“ schaffen. Vater und Mutter leben im Elend dahin, können sich nicht genügend um die Kinder kümmern und die erforderliche Erziehung ausüben, die Gesellschaft unterläßt alle vorbeugenden Maßnahmen und trägt die Schuld an der Verwahrlosung der Kinder. Sind die Kinder aber verwahrlost, dann steckt man sie in Fürsorgeerziehung. Die Opfer dieser Erziehungsart sind ausschließlich die Kinder armer Eltern. Die Kinder der Reichen bleiben von der Fürsorgeerziehung bewahrt, selbst dann, wenn sie sich schwere Vergehen zuschulden kommen lassen. Einmal werden die Kinder der Reichen schon von klein auf von Kindermädchen und anderen Aufsichtspersonen betraut und sind nicht wie die Kinder armer Eltern auf sich allein und auf die Gefahren der Straße angewiesen, dann aber werden ihre Verfehlungen anders gewertet als die armer Kinder.

Die Fürsorgeerziehung wird nach dem Gesetz vom zuständigen Amtsgericht oder besser vom zuständigen Richter antragsweise auf Grund von Anträgen der Polizei, der Schule und der Gemeindebehörden und auch der Eltern verfügt. Die Ueberweisungsbeschlüsse werden auf Grund der schriftlichen Anträge der Antragsteller getroffen. Eine mündliche Verhandlung wie bei anderen Gerichten findet nicht statt, so daß jede Schutzbestimmung für die Erziehungsberechtigten fehlt. Es ist zwar Beschwerde zulässig, das ist aber keinerlei Schutz. Bezeichnend für den Geist dieses „Erziehungsgesetzes“ ist die Tatsache, daß vor Ueberweisung in die Fürsorgeerziehung auch der zuständige Geistliche gutachtlich gehört werden soll. Viel wichtiger als das Gesetz selber sind die vom Ministerium des Innern erlassenen Ausführungsbestimmungen, in denen der Schwerpunkt der Fürsorgeerziehung liegt.

Charakteristisch ist, daß ausgerechnet dem Polizeiministerium die Ausführung dieses Erziehungsgesetzes übertragen worden ist, anstatt dem Kultusministerium. Erst seit Schaffung des Wohlfahrtsministeriums im Vorjahr ist diesem die Fürsorgeerziehung übertragen worden. Es ist kein Wunder, daß die ganze Ausführung dieses Gesetzes den Polizei- und Strafscharakter an der Stirn trägt. Noch heute erfolgt die Ueberführung der in Fürsorgeerziehung kommenden Kinder durch die Polizei. Fast durchgängig werden diese armen Kinder in Polizeigewahrsam gebracht, bevor die Ueberweisung in eine Anstalt erfolgt. Man denke sich nur in den Seelenzustand eines solchen geängstigten und gequälten Kindes und auch vieler Eltern hinein, wenn die Kinder in der Zelle des Polizeigewahrsams sich aufhalten müssen. Aber wer fragt danach: Es sind ja „Verwahrloste“, es sind ja Kinder der Enterbten.

## Korruption in Oberschlesien

350 Mark Tagelöhner für schiebende Kappisten

(Drahtmeldung unsers Korrespondenten)

Ratowitz, 16. Februar.

Die Korruption nimmt an einigen Stellen der deutschen Abstimmungsorganisationen einen Umfang an, der ein längeres Schweigen unmöglich macht. In der Transport-, Verpflegungs- und Unterfunksabteilung der deutschen Abstimmungsorganisation ist eine Schieberwirtschaft eingerissen, die das Kapital der Kriegsgewinne und der Demobilisationsgeschäfte fast noch übertrifft. Nur der Kreis der Beteiligten ist diesmal kleiner. Es ist eine gesellschaftlich exklusive Gruppe hochfunktionaler Offiziere und Abteilungsleiter, die sich diesmal die Gewinne sichern. In der Zentrale der I. U. B. in Breslau sitzen fast nur adlige Offiziere, die zum Teil am Kapp-Putsch beteiligt gewesen sind, also eine Schieber- und Korruptionsplantage in deutschnationaler und aristokratischer Reinkultur. Die Aufgabe dieser Herren besteht darin, Automobile, Bekle, Fußsäcke, Westen und ähnliche schöne Gegenstände zu beschaffen, an denen sie wahrscheinlich schon während des Krieges als Intendantenoffiziere hunderttausende

Die zu Händen angewachsenen Ausführungsbestimmungen besagen unter anderem, daß die in Fürsorgeerziehung überwiesenen Kinder möglichst entfernt vom Wohnort der Eltern untergebracht werden sollen, damit sie dem Einfluß der Eltern entzogen werden. Wie gefühlvoll in dem christlichen Staat: die Eltern sollen nicht in die Lage kommen, ihre Kinder öfter zu sehen und zu sprechen. Wert wird nach den geltenden Bestimmungen darauf gelegt, daß die Schulentlassenen auf dem Lande untergebracht werden sollen. Unsere Agrarier haben damit den Beweis erbracht, wie sehr sie es verstanden haben, sich durch die Gesehgebung billige und willige Ausbeutungsobjekte zu liefern.

Und dann die Erziehung selber. Sie geschieht in der Hauptfache durch private, unter Aufsicht von Religionsgemeinschaften stehende Anstalten und nur in den wenigsten Fällen in den eigenen Anstalten der Kommunalverbände. Der Hauptwert dieser Erziehung wird auch heute noch auf die religiöse Seite gelegt, denn das Gesetz verlangt die konfessionelle Erziehung. Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, daß von einigen ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die heutige Fürsorgeerziehung mehr einer Aufbeziehung als einer wirklichen Erziehung gleichkommt.

Das Gesetz über die Fürsorgeerziehung ist an allen Ecken rissig und brüchig, eine gründliche Reform unaufschiebbar. Es muß verschwinden, der Polizei-, Straf- und der konfessionelle Charakter. Die Verhängung der Fürsorgeerziehung muß den Religionsgesellschaften entzogen werden und in eigenen Anstalten unter eigener Verantwortung der Kommunalverbände mit geeigneten Erziehern erfolgen. An Stelle der heute üblichen Aufbeziehung muß eine wirkliche Erziehung treten, die nur durch Personen erfolgen kann, die sich in die Seele eines armen gequälten Kindes hineinversetzen und ihm Wärme und Licht spenden können.

Zu diesen Reformen sind berufen der Landtag und die Provinziallandtage, denen die Gesehgebung und Ausführung des Gesetzes zustehen. Wichtiger aber als alle diese Reformen sind Maßnahmen, die bestimmt sind, zu verhindern, daß die Kinder überhaupt nicht in Fürsorge kommen.

Dafür kämpft die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands. Sie nimmt sich aller Entertiden und Unterdrückten an, sie sucht ihr Los zu lindern und zu mildern, wo sie kann. Darüber hinaus weiß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, daß es gilt, die Ursachen der sozialen Not als deren Folgen sich auch die „Verwahrlosung“ der Kinder des Proletariats darstellt, zu beseitigen. Und deshalb sagt unsere Partei dem kapitalistischen Ausbeutungssystem den schon Kampfs an. Dazu gehört aber die Stärkung der politischen Macht.

Wer das will, muß am 20. Februar alle Kräfte anspannen und für die Stimmabgabe für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wirken.

## Nochmals „Haenisch“ und die Volksschule“

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die vier Fragen in dem Artikel „Haenisch und die Volksschule“ in Nr. 77 der „Freiheit“ beantwortet ich so „knapp, klar und sachlich“ wie die „Freiheit“ es wünscht, folgendermaßen:

1. In der Frage der Lehrerbildung ist den preussischen Volksschullehrern die Universität zur Fortbildung in einem Umfang geöffnet wie bisher in keinem anderen deutschen Staat. Für die seit der Staatsumwälzung eingerichteten Arbeitsgemeinschaften der Junglehrer, die in hochschulmäßiger Weise arbeiten, sind im neuen Staatshaushaltsetat 450 000 Mark ausgeworfen. Ein im Einzelnen ausgeführtes Programm der künftigen Lehrerbildung ist im Dezember seitens des Unterrichtsministeriums in der Landesversammlung vorgezogen worden und hat die Billigung sämtlicher Parteien, einschließlich der Unabhängigen gefunden. Die praktische Durchführung dieses Programms hat übrigens schon am 1. April 1920 begonnen mit dem Abbau der Präparandenanstalten. Gleichzeitig ist ein neuer Lehrplan für den ersten Jahrgang der Jünglinge in den Lehrerbildungsanstalten geschaffen worden, der die Grundlage zur neuen deutschen Oberschule bildet.

2. Zur Frage der Klassenfrequenz: Bisher galt eine Schulklasse als überfüllt, wenn sie in der einstufigen Schule mehr als 80, in der Halbtagsschule mehr als 70, in der mehrstufigen Schule mehr als 60 Kinder zählte. Trotz dieser Zahlen wurden nach der letzten amtlichen Erhebung noch rund 1 Million Kinder in überfüllten Klassen unterrichtet. In dem neuen Lehrerbildungsgesetz wird der Staatszuschuß zu einer Lehrerstelle für je 60 Kinder gewährt. Eine Herabsetzung der Klassenbesetzung allein auf diese Zahlen wird die Schulverhältnisse für rund 2 Millionen Kinder verbessern. Außerdem gewährt aber das Gesetz auch Zuschüsse für Klassenbesetzungen bis herab zu 40 Kindern nach dem Stande vom 15. September 1920. Für die Landeskassen ist eine noch weitere Herabsetzung vorgesehen, indem der Staatszuschuß für eine Lehrerstelle auch dann gezahlt wird, wenn die über 60 hinausgehende Kinderzahl noch nicht erreicht wird. Das war leider alles, was sich angesichts der katastrophalen Finanzlage des Staates erreichen ließ.

3. Die Lehrbücher: In keine der seit 1919 neu gedruckten Auflagen von Lehrbüchern ist mehr dynastischer Anodenentwurf und ähnliches aufgenommen. Die früher im Geschichtsunterricht verwendeten Bücher wurden außer Gebrauch gesetzt. Ein von der Fachleuten unter der gutachtlichen Mitwirkung zweier bedeutender Historiker ausgearbeitete Einführung in die neue Geschichte zunächst für die Hand der Lehrer ist fertiggestellt und wird demnächst in Druck vorliegen. Eine vom demokratischen Geist getragene Einführung in die Reichsverfassung ist gleichfalls auf Veranlassung des Ministeriums hergestellt und in einzelnen Schulen bereits im Gebrauch. Eine sofortige und völlige Beseitigung aller alten Lehrbücher war aus äußeren und inneren Gründen undurchführbar.

4. Zur Verbilligung der Lehrmittel konnte trotz wiederholter energischer Bemühungen des Unterrichtsministeriums bei dem Stande der Staats- und Reichsfinanzen bisher leider nichts erreicht werden.

Konrad Haenisch.

Wir sind dem Kultusminister für seine schnelle Antwort dankbar und geben seiner Zuschrift gern sofort Raum. Bestätigt sie uns doch nur, daß Haenisch im Schulwesen gegen anspruchsvolle Mächte ankämpfen muß, die ihm allenfalls kleine Reformen an der Volksschule und die Abstellung der größten Schäden erlauben, um ihren Kern, das geisttötende Drillsystem um so sicherer zu erhalten. Daß alle diese Reformen eine Umwälzung der Schulverhältnisse im Wesen nicht herbeiführen können, wird Haenisch zugeben. Und der Widerstand ist nicht immer und nicht allein auf den schlechten Stand der Staats- und Reichsfinanzen zurückzuführen. Andere Einflüsse stehen einer gründlichen Umänderung der Volksschule entgegen, und es ist der Fehler der preussischen Kulturpolitik, daß sie diese Mächte innerhalb des Gebietes der Schule selbst wieder hat zu solchem Machtbewußt-

sein heranwachsen lassen. Ein wenig energischer den Daumen aufs Auge, Konrad Haenisch, das hilft besser als süßes Liebeswerben und ein Bekenntnis zu Schwarz-weiß-rot.

## Die Hohenzollernabfindung

Zurückweisung einer Wahlflüge

Rechtssozialisten und Kommunisten versuchen, in den Wählerversammlungen den Genossen Rosenfeld für die Hohenzollernabfindung verantwortlich zu machen. Obwohl die Lüge schon duzend Male widerlegt worden ist, wird sie immer wieder neu aufgetischt. Wir sind daher gezwungen, noch einmal folgendes festzustellen:

Genosse Rosenfeld ist ebenso wie die anderen unabhängigen Volksbeauftragten gleich nach dem 9. November für die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens eingesetzt. Es wurde dann auch ein derartiger Beschluß gefaßt. Die kurze Zeit, die die unabhängigen Volksbeauftragten in der preussischen Revolutionsregierung verbrachten, genügte natürlich nicht, die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens auch sofort durchzuführen. Am 15. März 1919 erhob Genosse Rosenfeld in der Preussischen Landesversammlung erneut die Forderung, das Hohenzollernvermögen zu beschlagnahmen. Er sagte bei dieser Gelegenheit:

„Wir halten es für notwendig, daß eine sozialistische Republik, wenn sie wirklich eine solche ist, in ihrer Verfassung vor den Familiengütern des Hauses Hohenzollern nicht haltmacht. Wir haben in der Preussischen Regierung mit dafür gestimmt, daß die Familiengüter des Hauses Hohenzollern beschlagnahmt werden. Wir wünschen, daß man jetzt noch einen Schritt weitergeht, und wir rechtfertigen das damit, daß das Haus Hohenzollern sich auf Kosten des Volkes bereichert hat, sich bereichert hat nicht zuletzt infolge der Agrarflut, die auf Kosten des Volkes erhoben worden sind. Was die Hohenzollern besitzen, das verdanken sie nicht ihrer persönlichen Tätigkeit, ihrem persönlichen Fleiß, sondern ihrer Stellung und es ist für uns klar, daß mit dem Wegfall dieser Stellung der Rückfall alles dessen, was die Hohenzollern dem preussischen Volke verdanken, an die preussische Republik ohne weiteres zu erfolgen hat. Wir bitten Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag zuzustimmen.“

Dieser Antrag, von der Unabhängigen Fraktion zur Kotverfassung gestellt, lautete: „Die Familiengüter des Hauses Hohenzollern sind Eigentum der Preussischen Republik.“

Die Mehrheit der Preussischen Landesversammlung lehnte diesen Antrag ab. Sidelum, der rechtssozialistische Finanzminister, hat dann zusammen mit dem Justizminister Heine den Hohenzollern hinterherum Werte und Gelder von insgesamt 50 Millionen zugesprochen. Heine ist es vor allem gewesen, der behauptete, die Beschlagnahme der Hohenzollernvermögen lasse sich „juristisch“ nicht rechtfertigen. Er wagte es sogar, als Rechtsbeistand des Großherzogs von Mecklenburg, dessen angebliche Ansprüche gegen den Willen des Volkes öffentlich zu vertreten.

Das ist die Wahrheit über die Hohenzollernabfindung. Die U. S. P. D. ist von Anfang an für die Beschlagnahme der Vermögen, gegen jede Art Abfindung eingetreten. Die preussische Landesversammlung und die Koalitionsregierung haben die Durchführung der unabhängigen Anträge verhindert.

## Die Ziele der bayrischen Orgeß

Ehrhardt soll Oesterreich anneklieren

Unser Münchener Parteiorgan, der „Kampf“ veröffentlicht wichtige Enthüllungen über die bayrische Orgeß aus einer Eingabe des Vorsitzenden der bayrischen Königsparthei Mayer-Konig an den Landtag. Die Eingabe ist bis heute im Landtag nicht behandelt worden, so daß die Vermutung naheliegt, daß diese für die bayrische Regierung höchst peinliche Angelegenheit verschleppt werden soll. Mayer-Konig war Fahnenhauptmann in der Einwohnerwehr, wurde aber seines Amtes entkleidet, weil er den Mißbrauch der bayrischen Einwohnerwehren zu alldemokratischen militärischen Zwecken bekämpfte. In einer Sitzung der Einwohnerwehrführer am 18. Januar lagte der stellvertretende Vorsitzende der Landesleitung der Einwohnerwehren, Herr Kanjler, daß die nächsten Ereignisse es nicht wünschenswert erscheinen lassen, daß der Fahnenhauptmann im Gebiete seiner „Fahne“ wohne.

Der „Kampf“ schreibt dann weiter: Die Landeszeitung der Einwohnerwehren hat am 18. Januar 1921 erklärt, daß sie mit dem Innsbrucker Schieken, den österreichischen Monarchisten, mit dem Kapitän Ehrhardt, dem Major Stefani („Vorwärts“-Parlamentar) und dem General Lüttich nichts zu tun habe. Dieser Behauptung gegenüber stellt Mayer-Konig fest: daß der stellvertretende Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehren, Kanjler, keine Verbindung mit österreichischen Monarchisten habe, könne er bestätigen, denn Kanjler sei grundsätzlich Gegner des Hauses Habsburg, bekämpfe die österreichischen Monarchisten und hoffe mit der Orgeß unter Zustimmung der bayrischen Einwohnerwehren und der Marine-Brigade Ehrhardt in absehbarer Zeit die Anschließfrage angeschlossen zu lösen. Kanjler steht im Dienste der von Berlin aus geleiteten großdeutschen Bewegung in Oesterreich.

Der stellvertretende Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehr, Kanjler, nahm, so berichtet Mayer-Konig dann



Ich wähle nur die U. S. P. Kanjler sagt das große Verbrechen!



Da kommt der brave Kommunist und spricht: Halt ein Wehrer bist!



Du weißt die Polizei im Gange, Zehner der Justiz ist nicht lange —



Der Schlußsatz: einwärts Brüder, Goggy oben zeigt der Justiz wieder,

welter, am nachmittag des 26. Dezember 1920 gelegentlich einer Besprechung in der Aula der Universität München im Beisein des Oberpräsidenten wiederholt Veranlassung, zu erklären, daß er einer der entschiedensten Führer der großdeutschen Bewegung in Oesterreich sei. In der Stabsitzung der Chiemgauer Einwohnerwehren habe Kanjler an die Führer die Frage gerichtet, ob ihre Fahnen bereit seien, sich entl. an einer militärischen Expedition nach Kärnten zu beteiligen. Den Kern dieses Expeditionskorps bildete die Marinebrigade Ehrhardt. Es wurde zwar erklärt, mit diesem Expeditionskorps den „bedrängten Wehrern im nahen Osten“ beizustehen gegen einen Feind, der das Abstimmungsergebnis mißachten wolle. Mayer-Konig meint aber, man gehe wohl nicht fehl mit der Annahme, daß diese Aufgabe nicht die einzige gewesen wäre.

Zum Beweis für die Richtigkeit seiner Aufstellungen bringt Mayer-Konig ein Schreiben des Wehrkommissars für Oberbayern an das Militärministerium vom August 1919, als der Rechtssozialist Schneppenhork noch Minister war. In diesem Schreiben wird auf die Loslösung der Einwohnerwehren unter Staatskontrolle hingewiesen. Es heißt dort: Herr Dr. Kern arbeitet unter völliger Umgehung des Wehrkommissars mit den Reichswehrverbänden und Gausleitern wegen Ausstattung der Einwohnerwehren mit Krissieren und Mienenwernern.

Der „Kampf“ bemerkt hierzu: „Damit wird das bestätigt, worüber wir die Öffentlichkeit noch unter der rechtssozialistischen Regierung Hoffmann alarmierten. Die Rechtssozialisten selbst erscheinen als die Verantwortlichen an der Gestaltung der Dinge, so wie wir sie jetzt in Bayern haben. Die Regierung war von allem unterrichtet und hat verbrochenermaßen nichts getan, um die Öffentlichkeit rechtzeitig mobil zu machen. Die Launung war der Rapp-Putsch, und sind jetzt die Pariser Beschlüsse.“

## Das Waffenlager in Westend

Das Berliner Polizeipräsidium teilte vor einigen Tagen mit, daß in Westend ein großes Waffenlager ausgehoben worden sei. Es sind insgesamt 2000 Infanteriegewehre, 30 Maschinengewehre, sowie Karabiner, Seitengewehre und ungedrehte Mennen Munition beschlagnahmt worden. Das Waffenlager war von Orgeßmännern angelegt worden, an deren Spitze ein Herr Dr. Hehl stand, der entflohen ist, als die Polizei seinem dunklen Handwerk auf die Spur gekommen war.

Die Waffen, die in dem Versteck in Westend gefunden worden sind, waren vorher in einem Depot der Oberfeuerwerker-Schule in der Lehrtor Straße untergebracht. Dort befand sich bis zum Rapp-Putsch das Stammquartier der Berliner Zeitfreiwilligen. Wir haben schon Anfang Dezember darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeitfreiwilligen in Berlin nicht aufgelöst worden sind, sondern lediglich ihren Namen gewechselt und jetzt als Sportklub „Diamant“ auftreten. Dieser Klub hat gegenwärtig etwa 11 000 Mitglieder. Führer ist Major von Heering, ein alter Kappist, der mit Sicherheit in dauernder Verbindung steht. Seine Hauptmitarbeiter sind General Mühlmann, Major Fischer, Major Bretschneider, Hauptmann Wilmowitz, Mühlendorf.

Der entflohen Herr Dr. Hehl soll nun, wie das Polizeipräsidium behauptet, bis zum Rapp-Putsch bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts beschäftigt gewesen sein. Es schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung am Rapp-Putsch, und er sei deshalb verurteilt worden. Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht teilt dazu jetzt mit, Dr. Hehl sei erst am 1. Januar 1920 eingetreten. Das soll eine Entschuldigung sein, ist aber in Wirklichkeit eine Beschuldigung. Denn wie kommt das Kammergericht dazu, einen Mann einzustellen, der am Rapp-Putsch beteiligt gewesen ist und deshalb verurteilt wird?

Was aber die Waffenschiebungen von der Lehrtor Straße nach Westend anbelangt, so steht fest, daß sie nur vorgenommen werden konnten, weil das außerordentliche Gericht in Berlin den Zeitfreiwilligen weitesten Spielraum läßt und nicht daran denkt, irgendeinen der Führer zu verhaften oder ihm gar den Prozeß zu machen. Charakteristisch ist, daß der Mann, der der Polizei Mitteilung von dem Waffenlager in Westend machte, Selbstmord verübte hat. Er hat dies sicher aus Furcht vor der Verfolgung seiner Gegner getan. Denn es steht fest, daß die Orgeß in letzter Zeit eine besondere Geheimorganisation gebildet hat, deren Aufgabe es ist, alle diejenigen, die Verrat verüben, unschädlich zu machen.

## Wirtschaftsabkommen mit Tschechien

Die Verhandlungen, die in Berlin seit Ende Januar mit Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung unter Führung des Staatssekretärs im tschecho-slowakischen Handelsministerium, des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Dr. Schuker über die Ausführung des deutsch-tschecho-slowakischen Wirtschaftsabkommens vom 29. Juni vorigen Jahres stattgefunden haben, sind zum Abschluß gebracht worden. Zur Regelung gelangten gewisse Fragen des beiderseitigen Warenverkehrs, insbesondere auf dem Gebiete der Chemikalien, Knöpfe, Maschinen und des Holzes. Die Kohlenmengen, die nach dem Kohlenabkommen beiderseitig auszutauschen sind, wurden um ein geringes erhöht. Auch wurde eine Verlängerung dieses Abkommens bis Ende Juni in Aussicht genommen. Die Verhandlungen, die gleichzeitig im Reichsfinanzministerium über den Abschluß eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie des Rechtschutzes und der Rechtshilfe in Steuerfällen stattgefunden haben, haben zur Aufstellung eines vorläufigen Entwurfes auf diesen Gebieten geführt. Der Entwurf wurde zunächst beiderseitig als unverbindlich erklärt. Nach dem Gange der Verhandlungen steht zu erwarten, daß in naher Zeit der endgültige Vertragsabschluß auch erfolgen wird.

## Die Thronrede im Oberhaus

BR. London, 16. Februar.

Im Oberhaus hat Lord Curzon die Debatte über die Thronrede eingeleitet. Er führte, wie jetzt bekannt wird, noch folgendes aus: Zunächst begrüßte er Polen in seinen Bemühungen, den Wiederaufbau zu beginnen, und meinte, daß auch in Rumänien allmählich Ruhe eintreten werde. Die rumänische Politik scheint sich nach Polen zu orientieren, und diese Staaten könnten einen festen Ball in Osteuropa gegen die revolutionäre Gefahr (!!) bilden. In Anblik herrsche noch immer eine traurige Lage, aber jedenfalls seien die internen Kriege zu Ende. Die Lage Oesterreichs verurliche noch immer große Sorge für alle, welche an der Zukunft dieses Teils von Europa Interesse haben. Schließlich lagte er zu den bevorstehenden internationalen Konferenzen: Es ist die Hauptaufgabe der Großmächte, die noch immer zusammenwirken, die Bedingungen des Versailles-Abkommens auszuführen und zwar, wenn möglich, mit größtmöglicher Einmütigkeit. Die künftige Zusammenwirkung der Großmächte und das Zusammenwirken Englands und Frankreichs ist eine Garantie für den europäischen Frieden. Sie hat sich auf der jüngsten Pariser Konferenz klar gezeigt. Zum russisch-englischen Handelsabkommen lagte er, es werde seine erste Sorge sein, falls das Handelsabkommen abgeschlossen werde, alles zu vermeiden, daß die Handelsbeziehungen nicht in feindseligem Sinne ausgeführt werden.

Ungarische Kartoffeln für Sachsen. Die tschechische Landesstelle in Dresden hat die Lieferung von 700 Waggons ungarischer Kartoffeln abgeschlossen. Diese werden für dreißig Mark je Zentner frei tschechische Empfangsstation geliefert werden. Mit dem Beginn der Lieferungen ist in diesen Tagen zu rechnen.

# Der stinkende Sumpf

„Wache auf, deutscher Arbeiter!“

In diesen Tagen ist vor die Türen Berliner Arbeiterwohnungen ein Flugblatt gelegt worden, das unter der Überschrift: „Wache auf, deutscher Arbeiter!“ dazu auffordert, die deutschnationalen Listen zu wählen. Zuerst werden die alten Lügen wiederholt. Im alten Staat seien nur die Tüchtigen in die Ämter gekommen; man habe das Söldnerheer geschaffen, weil es billiger als der alte Militarismus sein sollte; Brot habe man den Arbeitern versprochen, aber trotz der erhöhten Löhne seien sie noch nie dem wucherischen Schieber zum so schuklos preisgegeben worden wie jetzt. Dann wird behauptet, daß die Deutschnationalen die Gewerkschaften als notwendige Interessenvertretung der Arbeiterschaft anerkennen und in dem Abschluß von Tarifverträgen ein Mittel zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens sähen. Nicht die Diktatur des Proletariats, nicht der Klassenkampf könne uns retten, sondern allein der christliche Sozialismus, der sich bei den Deutschnationalen finde.

Ein Arbeiter schickt uns dieses Flugblatt mit der Bemerkung zu: „Diesen Fehsen magst das deutschnationalen Schiebergesindel vor die Tür der Arbeiter zu legen! Es rechnet nur mit der Unaufmerksamkeit einzelner Wähler.“ Man braucht in der Tat nur daran zu erinnern, daß gerade die schlimmsten Wucherer in der deutschnationalen Volkspartei sitzen, nämlich die Großgrundbesitzer, die, um des Profites willen, das Getreide an das Vieh verfüttern, statt es zur Ablieferung zu bringen. Man braucht nur daran zu denken, daß die Wilhelm von Hohenzollern, die Hindenburg und Ludendorff, die Helfferich, alle die Militaristen, Bureaucraten und Junker, die das Volk in das Kriegsgelend getrieben haben, deutschnationalen Parteigänger sind. Und wo schließlich die schlimmste Korruption herrscht, das zeigt sich gerade in diesen Tagen. Wenn die Namen der deutschnationalen Abgeordneten von Kerkhoff und Wager noch nicht genug sagen, dem wird das rechte Licht durch die Anklageschrift der deutschnationalen Opposition aufgesteckt, aus der der „Vorwärts“ einige Teile wiedergegeben hat.

Die deutschnationalen Anklageschrift sagt mit Recht, daß die Zustände in ihrer Partei nicht dazu angetan seien, ihr am 20. Februar die Massen zuzuführen. Für viele werde es diesmal das letzte Mal sein, daß sie deutschnational wählen. Eine Wirtschaft der schlimmsten Art herrsche in der Deutschnationalen Partei, so hören wir aus dieser Schrift. Nicht nur, daß man bei den Schwerindustriellen um Geld schnorren geht, ziehe man sogar die Juden und Judengenossen zur Wahlhilfe heran. Der der Deutschnationalen Volkspartei nahestehende Ligan zum Schutze der deutschen Kultur habe die Firma Borzig ebenso Herr Stinnes durch seine Direktoren Fehrmann und Bögeler, schwere Opfer gebracht. Der deutschnationalen Suggenberg habe die Vera-Verlagsgesellschaft in der Linkstraße 12 in Berlin gegründet und zu ihrem Leiter aus der jüdischen Firma Wlstein einen Juden Max Gerstel berufen. Auch dieser Gerstel habe reiche Geldmittel bei großen Industrieunternehmen geschnorrt, so beim Gesamtverband deutscher Baumwollwebereien und bei den Nidelerwerken in Berlin. Selbst der Alldeutsche Verband, die besonders gesinnungstreue Schutztruppe der Deutschnationalen, sei verjudet. Sein Vorsitzender Herr Claß, erkläre heute, daß der Aufnahme von getauften Juden in den Alldeutschen Verband nichts im Wege stehe. Eine der Neudeutschen Treuhand- und Verlagsgesellschaft, einem deutschnationalen Unternehmen, nahestehende Druckerei habe sich aus der Bewucherung des ehemaligen Oberkommandos in den Marken kurz vor der Revolution mit Maschinen neu einrichten können.

Einen anderen Beitrag für die in der Deutschnationalen Volkspartei enthaltene Korruption liefert Herr A. W. Kroschel, bis zum Mai 1920 Mitglied der deutschnationalen Parteileitung, jetzt Generalsekretär der Deutschen Volkspartei. Kroschel hat wegen der bei den Deutschnationalen herrschenden verrotteten Wirtschaft im Mai 1920 seinen Austritt aus der Partei erklärt und eine Broschüre veröffentlicht, worin er die Zustände in der Deutschnationalen Volkspartei schilderte. Die deutschnationalen Parteileitung hatte darauf, wie Kroschel in einem Flugblatt jetzt mitteilt, geantwortet, unwahre Behauptungen aufgestellt, Beseidigungsklagen und Strafanträge in reichlicher Anzahl in Aussicht gestellt. Bis jetzt hat Kroschel weder eine Beseidigungsklage erhalten, noch ist ihm von einer Strafanzeige etwas bekannt geworden. Der Grund hierfür sei darin zu suchen, meint er, weil die beteiligten Personen befürchteten, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen vor Gericht noch viel deutlicher werden könnte. Kroschel teilt in seinem Flugblatt noch mit:

Weitere Einzelheiten über das schamlose Verhalten der treibenden Kräfte innerhalb der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei will ich hier nicht erzählern. Gestattet aber sei mir noch anzuführen, daß die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei veruchte, meine Ehefrau durch Bewilligung von Geldern zu bewegen, Material gegen mich zu liefern, das geeignet wäre, mich in der Desinfektion herabzusetzen. Also nicht einmal vor einem Eheverhältnis machen die Männer halt, die auf ihr Programm Christen- und Nächstenliebe gesetzt haben. Dies alles geschieht unter Leitung des Vorstandes, dem Varrer, Generalsekretären und Professoren unter Führung von Herrn Hergl angehören.

So sieht die Deutschnationalen Volkspartei aus, die für Christentum, für völlige Ehre und für ähnliche schöne Dinge streitet. Ein stinkender Sumpf, vor dem einem Übel wird, wenn man sich ihm nur nähert. Das deutschnationalen Flugblatt hat mit seinem Anruf recht: Wache auf, deutscher Arbeiter, soweit Du selbst in dieser Zeit indifferent bist, und gib der Deutschnationalen Volkspartei am 20. Februar den verdienten Fußtritt!

## Kriegsschäden in Frankreich

Die Einfachheit einer Idee

Vom Reichsministerium für Wiederaufbau ist dieser Tage eine Denkschrift herausgegeben worden, die einige wichtige Angaben über den Stand der Wiederaufbauarbeiten und damit auch über die Kriegsverluste in Frankreich überhaupt enthält. Einiges sei herausgegriffen.

Nach einem amtlichen französischen Bericht vom Monat September 1920 waren zerstört: 5570 Kilometer Eisenbahnen. Davon sind wieder in Stand gesetzt: 4070 Kilometer. Von 4375 zerstörten Brücken sind 3124 wiederhergestellt. Landstraßen wurden in einer Länge von 30 245 Kilometer zerstört, von denen erst 7110 Kilometer wieder befahrbar gemacht worden sind. Neben die Verwüstungen an Grund und Boden geben folgende amtliche Zahlen Auskunft: unbrauchbar gemachtes Aderland 2 880 000 Hektar, davon von Gehöften geäubert bereits 2 610 000 Hektar, eingeobnet 1 530 000 Hektar und wiederangebaut 1 486 000 Hektar.

Am weitesten ist der Wiederaufbau der zerstörten Häuser im Rückstand geblieben. Hierüber liegen folgende amtliche Zahlen vor: Vollständig zerstört wurden 319 269 Häuser, teilweise zerstört 313 675. Davon sind wieder aufgebaut 2000 Häuser und etwa 14 000 provisorisch ausgebessert.

Die Bergwerke konnten bis jetzt nur auf die Hälfte ihrer Vorkriegsproduktion gebracht werden. Auf die größten Schwierigkeiten stößt der Wiederaufbau im Pas-de-Calais. Dort sind die Bergwerke völlig zerstört.

Von 4500 zerstörten Fabriken waren bis zum 1. Januar 1921 3393 wieder voll in Betrieb gesetzt.

Welche Summen diese Wiederaufbauarbeiten verschlingen, dafür finden wir in einem Budgetbericht des Abgeordneten Dumont einige Unterlagen. Danach hat Frankreich im Jahre 1920 annähernd 12 Milliarden Franken für den Wiederaufbau ver-

## Öffentliche Wählerversammlungen

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr

- Berlin: Pharusstraße, Müllerstraße 142, Schulaula, Hohenlohestraße, Charlottenburg: Schulaula, Hallerstraße, Straßau: Alte Taverne, Alt-Straßau 27, Tempelhofer: Aula Gemeindefschule, Friedrich Wilhelm-Edenberger Straße, Adlershof: Lokal Ziege, Bismarckstraße 29, Mariendorf: Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße, Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße 102, Weihensee: Gemeinde-Turnhalle, Viktoriusstraße 23-26, Oberhämmerweide: Schulaula Freischützstraße, Pichlerstraße: Lokal Schnabel, Hindenburgdamm 104.

Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr

- Berlin: Moabit: Gesellschaftshaus, Willestraße 24, Schulaula, Greifenhagener Straße 20, Bockbräuerlei, Chausseestraße 65, Schulaula, Schiller-Platz, Pant-Eden Böttcherstraße, Schulaula, Christianiastraße 4-6, Refensfesthalle, Landsberger Straße 31, Viehhofsbörse, Eldenaerstraße, Schulaula, Oberrealschule, Pasteurstraße, Schulaula, Reichenberger Straße 67, Schulaula, Diefenbachstraße 60-61, Schulaula, Pallasstraße 15, Schöner-Brauerei, Prenzlauer Allee 243.
- Neußeln: Schulaula, Oberrealschule, Emser Straße, Rietems Festhalle, Halenstraße, Pflanzberg: Café Bellevue, Hauptstraße 2, Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstraße 144, Charlottenburg: Schulaula, Vestalozylstraße 90, Wilmerdorf: Aula Oberrealschule, Am Seepark, Spandau: Lokal Koch, Feldstraße, Oranienburg: Schützenhaus, Johannisthal: (7/4) Lustverkehr, Friedrichstraße 10, Reinickendorf-Ost: Kasanienwäldchen, Zehlendorf: Stahrs Gesellschaftshaus, Referent: Genosse Seeger, Zehlendorf: (Zweites See-Restaurant), Referent: Genosse Rabtte, Königswusterhausen: Neues Schützenhaus, Genosse Bruchardt-Chemnitz.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen! Die Freuwahlen sind wichtiger als die Reichstagswahlen! Die Reaktion sucht einen neuen Stützpunkt zu gewinnen, um von Preußen aus das Reich unter die Fuchtel der Junker und der verhafteten kaiserlichen Offiziere zu bringen. Durchkreuzt diese Absicht. Besucht die Versammlungen der U. S. P. D., werbt für die Partei, die bisher den schärfsten Kampf gegen Militarismus, Kapitalismus und Reaktion geführt hat und die Gewähr dafür bietet, daß sie diesen Kampf fortsetzen wird bis zum Siege des Sozialismus. Wählt U. S. P. D.

Berlin, Sonnabend, den 19. Februar, abends 7 Uhr, Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25. Öffentliche Wählerversammlung, Tagesordnung: In letzter Stunde.

Buch, Freitag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Lokal Otto Lange (vormals Groll). Referent Genosse Lempert.

Bernau, Sonnabend abend 7 1/2 Uhr, im Restaurant Bellevue öffentliche Wählerversammlung, Tagesordnung: Ein erstes Wort in letzter Stunde. Referent: Genosse Dr. Herz.

Rahnsdorf, Wilhelmshagen und Hefenwinkel, Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, Wählerversammlung im Lokal Schale, Rahnsdorf-Mühle. Vortrag des Genossen Pfaffen-schläger.

## Öffentliche Frauenversammlungen

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr

- Neußeln: Aula Kaiser-Friedrich-Realschule, Kaiser-Friedrich-Straße 208, 210, Frau Stadtvorordnete Grumach über die Frauen und die Landtagswahl.

ausgibt. Für die Monate Januar und Februar 1921 allein sind 3 1/2 Milliarden Franken als notwendige Ausgaben im Budget eingestellt worden.

Diese Angaben über die Zerstörungen in Frankreich sollten sich jene Kreise etwas öfter in Erinnerung rufen, die den Entente-forderungen am liebsten gar keine Berechtigung zusprechen möchten, den in diesen Zahlen hind all die Verbrechen zusammengefaßt, die von der deutschen Obersten Heeresleitung in blinder Zerstörungswahn und Biowissen auch in jüdischer Zerstörungswahn in einem einzigen Land verübt worden sind. Erinnern wir uns allein an den „Hindenburg-Rückzug“ von 1917. Freilich, nicht Hindenburg und Ludendorff allein, auch jene sind mitschuldig, welche in Jubel ausbrechen konnten, als Ludendorffs Heeresbericht nach dem Hindenburg-Rückzug triumphierend verkündete, man habe dem Feind nur eine Wüste zurückgelassen!

Und nicht nur ausgesprochen nationalitische Kreise beteiligten sich damals an diesem Jubel. Auch namhafte Rechtssozialisten feierten den deutschen Vandalismus als Triumph. Arthur Krieger, der spätere Außenminister, schrieb damals im „Vorwärts“ in voller Verkennung über den Hindenburg-Rückzug: „Die Größe der Idee liegt in ihrer Einfachheit.“ Diese Einfachheit macht heute keinen unmerklichen Bestandteil der Entente-forderungen aus. Es wäre wichtig, daß die Freuwähler am 20. Februar diese „Einfachheit“ nicht vergessen.

Ausnahmezustand. Im vierten Cöthener Kommunikonprozeß wurde am Mittwoch das Urteil gesprochen. Das Gericht verurteilte sämtliche 25 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 3 Monaten. — Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen Angeklagten Freisprechung beantragt. Der Prozeß fand vor dem militärischen Ausnahmegericht statt. Die Angeklagten waren geschuldig, an dem Tausch teilgenommen zu haben, den einige Karren und Proviantwagen im Herbst vorigen Jahres in Cöthen veranstalteten, um die Kösterepublik auszurufen.

## Vertrauensvotum für Graf und Thomas

Die Münchener Kommunisten haben am Sonntag in einer Mitglieder-Verammlung zu den nationalitischen Tängen Stellung genommen, die unter der Führung von Graf und Thomas beim Besannwerden der Entente-forderungen aufgeführt worden sind. Zur Abstimmung waren von der Zentrale Kemmele und Leon erschienen, die vor der Verammlung „Ermittlungen“ anstellten. Kemmele rügte das Verhalten des Kommunisten Graf im bayerischen Landtag. Er machte ihm den Vorwurf, daß er es unterlassen habe, eine Gegenerklärung zur Regierungserklärung abzugeben. Das unmotivierete Hin ausgehen aus dem Landtag, um in Arm mit den Bürgerlichen, bei der Verlesung der Erklärung der U. S. P. D. könne nicht gutgehen werden. Auch die Artikel, die Graf und Thomas in der „Neuen Zeitung“ losgelassen hatten und die zu einer Verbündung mit den nationalitischen Nordjuden aufzuforderten, wurden gerügt.

In der Diskussion scheint es ziemlich lebhaft zugegangen zu sein, denn die kommunistische „Neue Zeitung“ berichtet, daß es die „große Mehrheit“ der Diskussionsredner nicht verstanden habe, die Sache von der Person zu trennen.“ Mit vierfünftel Mehrheit wurde dann eine Entschließung angenommen, die die Stellungnahme von Graf und Thomas verurteilt. Im selben Atemzuge sprach aber die Mitglieder-Verammlung „dem Genossen Otto Thomas und Otto Graf weiterhin ihre Vertrauen aus.“

Auch der erweiterte Bezirksausschuß Südbayern hat zu der Angelegenheit Stellung genommen. Der Bezirksausschuß schloß sich im wesentlichen dem Beschluß der Mitglieder-Verammlung an, dehnte aber zu gleicher Zeit den gegen Graf erhobenen Vorwurf auf die Fraktion aus und verurteilt schließlich die „Form und die ungeschicklichen Angriffe“ eines Artikels der „Roten Fahne“.

Das kommunistische Hochgericht ist also mit den Angeklagten ebenso verfahren, wie etwa ein preußisches Gericht mit Orngeschleuten verfährt. Graf und Thomas heißen das Vertrauen der Parteimitglieder die Zentrale billigt das Verhalten der Mitglieder. Auf eine einfache Formel gebracht: Die nationalitischen Wahnsinnstänze der Münchener Kommunisten sind kein Verstoß gegen das Parteiprogramm. Dieses Urteil wird verständlich, da jeder Kommunist sein eigenes Programm hat und es für das allein maßgebende und richtige hält. Mißgun kann auch keiner verurteilt werden. Es hat eben jeder recht.

## Ein Gruß aus Moskau

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht ein von der Moskauer Expatul an den Parteitag der U. S. P. D. gerichtetes Begrüßungs-telegramm. In diesem wird die Notwendigkeit der Bildung einer einheitlichen Front der revolutionären Parteien betont. Wer diese jetzt, wo alles auf die „Herankunft der erwarteten revolutionären Situation“ hindeute, verhindern, begehe ein Verbrechen. Das Telegramm schließt:

„Entsagt allem kleinlichen Selbstinteresse und strebt dahin, daß der wohlorganisierten Gegenrevolution das ganze revolutionäre Lager des Proletariats einseitlich gegenüberstehe. Die deutsche proletarische Revolution steht wieder vor entscheidenden Stunden. Es ist an Euch, die schlagfertige Kampffront aller Kommunisten Deutschlands zu schaffen. Es lebe die kommunistische Internationale! Es lebe die Einheit aller Kommunisten Deutschlands! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe Sowjet-Deutschland!“

In Moskau leidet man offenbar an Gedächtnis-schwäche, denn in früheren Aufzügen und Rundgebungen hat Moskau die „revolutionäre Situation“ als bereits gegeben betrachtet. So hat Sinowjew in dem Aufsatz zum 7. November 1920 offen aufgefodert, von der bisherigen Defensiv zur Offensiv, also zum Arbeiteraufstand überzugehen. Zustimmung können wir der neuen russischen Rundgebung in der Erklärung, daß jede Behinderung der revolutionären Einheitsfront ein Verbrechen ist. Dieses Verbrechen ist aber von Moskau zum internationalen System erhoben worden und ihm ist es auch zuzuschreiben, daß jetzt selbst in dem bisher freien Italien eine wütende Reaktion Arbeiterführer niedermeheln und Gewerkschaftshäuser und Arbeiterdruckereien unbedenklich niederbrennen kann.

## Das Proletariat soll wieder leiden!

Wie wir bereits mitgeteilt haben, sollen vom 1. Juni 1921 ab die Fahrpreise betragen: für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 22,5 und für die 1. Klasse 68,5 Pfennig für jeden Kilometer. Das bedeutet einen neuen schweren Schlag gegen die arbeitende Bevölkerung. Verglichen mit den jetzigen Preisen betragen die Erhöhungen bei der 4. Klasse 44 Prozent, bei der 3. und 2. Klasse 34 Prozent, bei der ersten Wagenklasse hingegen nur 8,2 Prozent. Die Arbeit, auch hier wieder die Hauptbelastung auf das Proletariat, das nicht zu seinem Vergnügen, sondern meist nur unter beruflichem Zwang reißt, abzuwägen, ist also ganz unverkennbar. Diese Absicht ist um so brutaler, als heute die arbeitende Bevölkerung infolge des Wohnungselends mehr als je zur Eisenbahnbenutzung gezwungen ist.

Das „soziale Gewissen“ der Regierung und der bürgerlichen Parteien zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit darin, daß zur Deckung der Staatslasten das Proletariat am schärfsten herangezogen wird!

Mit Absicht verloren. Die „Rote Fahne“ schreibt noch immer von einem „Diebstahl“ des bekannten und wehmütigen Briefes ihres Paul Levi. Da wollen wir doch einmal feststellen, daß Levi den Brief verloren hat, und zwar an einer Stelle, daß die Finder annehmen mühen, Leon wünschte, der Brief möge gefunden werden, um durch die Veröffentlichung die Aufmerksamkeit seiner Leute auf keine Kostlose Moskau gegenüber zu lenken. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Levi Schreiben an das Exekutivkomitee verliert.“ Bieleicht werden wir gelegentlich noch andere Veröffentlichungen.

Der Krieg in Irland. Nach einer Meldung aus Dublin haben die Sinnfeiner den zum Tode verurteilten Sinnfeiner Terling, der einen Offizier erschossen hatte, aus dem Gefängnis befreit. Die Befreiung erfolgte in der Weise, daß eine Kaspagne Soldaten mit ausgeplanztem Bajonet unter Führung eines Offiziers die Auslieferung des Gefangenen verlangte, um ihn in ein anderes Gefängnis überzuführen und zwar auf Grund regelrecht ausgestellter Papiere. Wie sich später zeigte, handelte es sich dabei um verkleidete Sinnfeiner, die auf diese Weise ihren Gefangenen befreiten.

Die schwedische Regierungskrise. Branting hat dem König erklärt, er könne nicht die Regierungsbildung übernehmen. Hier auf hat der König den früheren Ministerpräsidenten Admiral Arvid Lindman beauftragt, die neue Regierung zu bilden. Lindman hat gleichfalls abgelehnt.

Vertrauensvotum für Giolitti. Giolitti forderte in der Kammer die Ablehnung der von den Sozialisten eingebrachten Tagesordnung und den Übergang zur Behandlung der Vorlage über den Brotpreis. Nachdem er die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde die sozialistische Tagesordnung mit 207 gegen 65 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Rußland der Reaktion. In Budapest wurden große Besetzungen aufgedeckt. Organe der Post- und Telegraphendirektion wurden beschlagnahmt, um Deuten ein Telefon zu beschaffen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.



Die Landtagswahl und die proletarischen Mütter

Von Marie Kunert

Die kleine Fraktion der U. S. P. D. hat in der preussischen Landesversammlung wiederholt die Initiative ergriffen, um in wichtigen Fragen der Volkswohlfahrt das Reich ebenso wie die Gemeinden vorwärts zu treiben; so versuchte sie es in der Frage der Ausdehnung der Wochenhilfe auf alle Frauen der minderbemittelten Schichten und auch bezüglich der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Familien der Beschäftigten als Regelleistung. Wenn man bedenkt, daß zwei Drittel aller Familien sich in so bedrängter wirtschaftlicher Lage befinden, daß sie einer besonderen Fürsorge bedürfen, so erhellt daraus der Umfang der in Angriff zu nehmenden Aufgaben. Breite Schichten der Frauen sind in den letzten Jahren in den Gebärtskreis eingetroffen. Man kann es unseren durch Überarbeit und Unterernährung ausgemergelten Frauen wahrhaftig nicht verdenken, wenn sie sich weigern, Kinder in die Welt zu setzen. Schon im Mutterleibe hungern müssen, für die sie später toder Milch noch Wäsche haben. Da ist es um so mehr Pflicht des Staates, alle vorhandenen Leben auf das intensivste zu schützen, und — will er die Gebärtsfähigkeit beheben — alles zu tun, was geeignet ist, den Müttern ihre heute so ungeheure schwere Aufgabe zu erleichtern, ihre Kräfte vor Raubbau zu bewahren.

Raum ein Gebiet der Volkswohlfahrt ist so altersschwach und erneuerungsbedürftig wie die Geburtshilfe und das Hebammenwesen. Hier haben wir seit langem eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung gefordert. Allein das Reich weigert sich und überläßt es den Einzelstaaten, in diesen bedeutsamen Fragen etwas zu tun oder auch nicht. Eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit herrscht zudem in weiten Kreisen des Volkes gegenüber den Einrichtungen, von denen nicht nur das Wohl und Wehe der Mütter, sondern indirekt auch das der ganzen Familie abhängt. Tod oder wenigstens langes qualvolles Siechtum der Wöchnerin, Tod der Erblindung des Neugeborenen zerstören Familienglück, sind die furchtbaren Folgen einer Vernachlässigung der Mutter in ihrer schwersten Stunde.

Geradezu schändlich war die Behandlung dieser Fragen im alten preussischen Dreiklassenparlament, wo das Proletariat bekanntlich jahrzehntelang gar nichts zu sagen hatte. Der Fürsorge für Pferde, Rinder und Schweine brachte das Junkerparlament weit mehr Interesse entgegen als der Sorge für Leben und Gesundheit der Volksgenossen. Das ist keine Übertreibung. Man vergleiche nur die langjam gepönbten liebesvollen Disputationen über die Zucht von Hengsten und Stuten mit der flüchtigen, gleichgültigen Behandlung der Hebammenfrage. Damals glaubte man im Preussenparlament vollumfänglich seine Pflicht getan zu haben, wenn man das Hebammenwesen gelegentlich einmal mit 50 000 Mark ausbesserte, Summen, die angesichts der weitgehenden Verwahrlosung auf diesem Gebiete gerade zu einigen erbärmlichen Flickversuchen hinreichten. Das war alles, was der Junkerstaat Preußen für Millionen von Schwangeren und Gebärenden übrig hatte. Für Pferdezucht und für Prämien bei Pferderennen aber bewilligte man freudig viele Millionen.

Aber nachdem wir eine Revolution erlebt haben, gibt es solche trassen Unterschiede in der Fürsorge für Mensch und Tier doch wohl nicht mehr? Am es gleich vorweg zu sagen: es hat sich spottwenig gegen früher geändert. Noch immer sind die Rechtsparteien so stark, daß sie auch in der neuen preussischen Landesversammlung Schindluder spielen konnten mit Leben und Gesundheit von Frauen und Neugeborenen. Als es sich darum handelte, die mangelhafte Auswahl geeigneter Kräfte für den Geburtsbeistand zu verbessern, indem man den Hebammen in einem Gehehntwurf der Regierung Beamteneigenschaft verliehen und ein mögliches festes Einkommen gewährt wollte, leistete

Oberschlesier, erhebt Einspruch!

Wer erhebt Einspruch?

- Antwort: Der Stimmberechtigte, wenn 1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist, 2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Bureau übergeben worden ist, 3. ihm eine zuverlässige Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort: Sofort auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort: Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen. — Die Ortsgruppen geben Jedermann hierzu genaue Auskunft!

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: Stimmverlust!

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

die Rechte heftigen Widerstand. Beinahe zwei Jahre lang wurde der Regierungsentwurf zwischen dem Ausschuss und dem Plenum hin- und hergeschoben. Und Jubel und Hohn der Rechten kannten keine Grenzen, als es gelang, noch vor dem Auseinandergehen der Landesversammlung das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern, indem man die dritte Lesung verstellte.

Warum dieser frenetische Jubel? War irgendein bürgerliches Heiligum bedroht, wenn das Gesetz zustande kam? In der Tat, die Rechte erblickte in der Verleihung der Beamteneigenschaft an die Hebammen den ersten Schritt zu der von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei geforderten Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Das bedrohte Heiligum war das System der freien Konkurrenz, das bisher — sehr zum Schaden für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt — auch in der Heiligtätigkeit herrschte, zum ausschließlichen Nutzen einer kleinen Anzahl gut gestellter Spezialisten.

Darum mußte dieses heilige Heiligtum scheitern, das am besten dadurch charakterisiert wird, daß es die von der U. S. P. D. geforderte Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe von vornherein ausschloß. Es nützt nichts, daß man immer wieder hinweist auf die ungeheuren Opfer an Frauenleben und Frauengesundheit und damit an beider Volkstraft infolge unzulänglicher Geburtshilfe. Daß 15 000 Mütter jährlich in Deutschland an den Folgen der Geburt sterben, daß auf jeden Todesfall bei der Entbindung 15 bis 20 Fälle von Frauenleiden kommen, daß 40 000 Neugeborene jährlich bei der Geburt zugrunde gehen, daß diese Opfer vermeidbar wären, wenn der Staat seine Pflicht erfüllte und jeder Gebärenden den vollen, von der Wissenschaft geforderten Schutz für Leben und Gesundheit gewährte, daß es in der Hauptsache die Frauen der Beschäftigten sind, die von der Vernachlässigung bei der Geburtshilfe betroffen werden, — das alles mag man jenen Reaktionsären noch so oft sagen, für sie ist in allen Fragen maßgebend ihr Klasseninteresse.

Um zu ersehen, daß sich wirklich kaum etwas geändert hat gegen früher, sei noch erwähnt, daß das Interesse für die

preussischen Gestüte noch ebenso rege ist wie einst. Während das neue Preussenparlament die unheimlich steigende Säuglingssterblichkeit im Etat von 1920 mit einer ganzen Million Mark bekämpfen wollte, bewilligte es für das preussische Gestüt 5,2 Millionen und zu Preisen für Pferdeberennen 15 Millionen!

Proletarische Mütter! Wie lange wollt Ihr Euch eine so schmachvolle Behandlung noch gefallen lassen? Von Eurer Stimmabgabe am 20. Februar hängt es ab, ob die Mächte der Reaktion die von ihnen erhoffte neue Stärkung erfahren, die Ihr bitter zu büßen haben werdet. Mächt die Schmach, die man Euch in Eurer Eigenschaft als Trägerinnen des neuen Geschlechts antan! Bereitet Euer Freund der U. S. P. D. Sie kämpft dafür, daß die Mutterschaft mit allen erdenklichen Garantien umgeben werde, die eine gesunde Aufzucht der Kinder gewährleisten.

Helft der Vorkämpferin aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, der U. S. P. D., zu einem Wahlerfolg.

Frauen merkt auf!

Wer verhindert den Preisabbau?

Bei den Wahlen am 6. Juni haben Euch die bürgerlichen Parteien den Abbau der Preise versprochen. Seit dieser Zeit aber sind die Preise dauernd gestiegen und weitere Preis erhöhungen stehen in Aussicht, wenn es nicht gelingt, den bürgerlichen Parteien am 20. Februar eine vernichtende Niederlage beizubringen. Die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien hat eine

ungeheure Bereicherung von Industrie, Handel und Gewerbe und Landwirtschaft

zur Folge gehabt, während sich die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten dauernd verschlechterte. Der Stand der Baluta ist immer ungünstiger geworden, wie die Reichsfinanzen sich durch die Steuerlabotage der Besitzenden zu sehr verschlechtert haben. Während auf dem Weltmarkt die Preise sinken, steigen sie im Inlande. Neue Preis erhöhungen für das Brot, für Kohle, Eisen und andere wichtige industrielle Erzeugnisse sind geplant. Die angekündigten neuen indirekten Steuern, die Erhöhung der Volk- und Eisenbahngelöhnen werden ebenfalls preissteigernd wirken.

Ihr Frauen leidet am meisten darunter, wenn diese Absichten verwirklicht werden.

Mit Versprechungen suchen Euch auch jetzt die bürgerlichen Parteien einzufangen. Mißtraut ihnen! Sie haben nur das Interesse der bestehenden Schichten im Auge! Nur bei den Wahlen heucheln sie Wohlwollen und Anteilnahme an Euren schweren Los, um Euch nach den Wahlen im Stich zu lassen und zu verraten.

Keine Stimme deshalb den bürgerlichen Parteien!

Kommt alle zur Wahl, rüttelt die Gleichgültigen auf und sorgt dafür, daß sie alle wählen die

Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Aus der Wirtschaft

150 Prozent Dividende!

Aus dem in der letzten Aufsichtsratsitzung der Deutschen Petroleum-A. G. erteilten Direktionsbericht geht hervor, daß die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1919/20 einen Bruttoüberschuh von rund 17 Millionen Mark gegen 4,5 Millionen Mark im vorigen Jahre erzielt hat. In dem nur die Monate Oktober-Dezember umfassen den Geschäftsjahr 1920 erhöhte sich der Bruttoüberschuh gar noch auf 40 Millionen Mark, so daß die Gesellschaft in der Lage ist, 150 Prozent ihres Aktienkapitals als Dividende an die Aktionäre auszuschütten.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Draht von Dr. D. D. Posthof

IV.

Er sah sie an und wartete. „Gib mir ein Taschentuch!“ — sprach sie, ohne ihn anzuhören und streckte die Hand aus. Sie trocknete hastig ihr Gesicht ab, schneuzte sich laut, warf das Taschentuch in seinen Schoß und wandte sich zur Tür. Er sah ihr nach und wartete. Im Vorbeigehen schaltete sie das Licht aus, und plötzlich wurde es finstern, daß er ihren, etwas mühsamen Atem wahrnahm. Unbewußt setzte er sich wieder auf das leicht knarrende Bett.

„Nun, was gibts dort? Was wollt ihr?“ — fragte Ljuba durch die Tür, ohne aufzuschließen. Ihre Stimme klang etwas unzufrieden, aber ruhig. Mehrere Frauenstimmen tönten zugleich, einander unterbrechend. Ebenso verstummten sie leise und eine männliche, selbstsam respektvolle Stimme begann beharrlich zu bitten.

„Nein, ich komme nicht.“

Wiederum ertönten die Stimmen, wie Schoeren verworrene Seidenfäden abschneiden, so durchschnitt sie alle eine männliche Stimme. Jung und überredend, eine Stimme, hinter welcher man das Vorhandensein weicher, starker Zähne und eines Schnurrbartes förmlich fühlte. Die Sporen kitzelten scharf, als der Sprechende zugleich die Hände aneinander schlug. Und sonderbar! Ljuba lächelte.

„Nein, nein, ich komme nicht. — Schon gut, schon gut! Sie mögen mich meinetwegen auch Ljubow“ nennen, ich komme doch nicht.“

Und wieder ein Pochen gegen die Tür, Lachen, Schimpfen, Sporengeklirre — und das Ganze flutete zurück und erstarb irgendwo weit am Ende des Korridors. Ljuba fand in der Dunkelheit tastend sein Knie und setzte sich neben ihn, aber ohne diesmal ihren Kopf an seine Schulter zu lehnen. Sie erklärte ihm kurz:

„Die Offiziere veranstalten einen Ball. Man ruft alle zusammen. Es wird dein Rotillon getanzt.“

„Ljuba,“ hat er freundlich, „mach bitte Licht. Sei nicht böse.“

• Eine andere, dollere Form für Ljuba, zugleich ein Wortspiel „Ljubow = Liebe.“

Sie erhob sich schweigend und drehte auf. Aber nun setzte sie sich nicht mehr neben ihn, sondern, wie vorher, auf den Stuhl, dem Bette gegenüber. Der Ausdruck ihres Gesichts war mürrisch, unfreundlich, aber höflich, wie bei einer Hausfrau, die einen unwillkommenen, zu sehr ausgedehnten Besuch aushalten muß.

„Künnen Sie mir nicht, Ljuba?“

„Nein, Weshalb denn?“

„Ich wunderte mich eben, wie fröhlich Sie lachten. Wie können Sie das nur?“

Sie lächelte kurz auf, ohne ihn anzusehen.

„Mir ist lustig — und da lachte ich eben. Im übrigen dürfen Sie jetzt nicht fortgehen. Man muß abwarten, bis die Offiziere auseinander gehen. Sie gehen bald.“

„Gut, ich werde warten. Haben Sie Dank, Ljuba.“

Sie lächelte wieder.

„Wofür denn das? Wie höflich Sie sind.“

„Gefällt es Ihnen?“

„Nicht sonderlich. Von welcher Abkunft sind Sie?“

„Mein Vater ist ein Arzt — Militärarzt. Großvater war ein Bauer. Wir sind Sektierer.“

Ljuba blinnte ihn mit einigem Interesse an.

„So ist die Sache! Sie haben auch kein Kreuz um den Hals.“

„Ein Kreuz?“ wiederholte er lächelnd. „Wir tragen es auf dem Rücken.“

Das Mädchen kränzelte leicht die Stirn.

„Sie wollen schlafen. Sie sollten sich lieber hinlegen, als die Zeit so verbringen.“

„Nein, ich werde mich nicht hinlegen. Ich will jetzt nicht schlafen.“

„Wie Sie wollen.“

Es trat ein langes, verlegenes Schweigen ein. Ljuba blinnte zu Boden und drehte angelegentlich einen Ring an ihrem Finger; er hielt langsam Umschau in dem Zimmer, wobei er jedesmal peinlich vermied, das Mädchen anzusehen; schließlich blieb sein Auge an dem Gläschen mit dem Kognat haften. Und plötzlich wurde es ihm mit ungewöhnlicher Deutlichkeit, ja fast handgreiflich klar, daß das alles schon einmal gewesen war; dieses gelbliche Gläschen und zwar gerade mit Kognat, das Mädchen, welches angelegentlich einen Ring drehte und er selbst — aber nicht dieser hier, sondern irgendjemand ein anderer, einigermassen veränderter, einigermagen besonderer. Und so wie jetzt, so brach auch eben jetzt die Musik ab, und man vernahm das leise Sporengeklirre. Es war ihm, als hätte er schon früher einmal existiert — aber nicht in eben diesem Hause, sondern an einem sehr ähn-

lichen Ort — als hätte er schon einmal eine, und zwar wichtige Rolle in dieser Umgebung gespielt und als hätte sich um ihn her etwas ereignet. Dieses seltsame Gefühl war so stark, daß er erschrocken seinen Kopf in die Höhe rückte; da verstand er rasch, aber nicht völlig, eine leichte, aber unmerkliche Spur banger Erinnerungen blieb zurück an Dinge, die nie gewesen. Im Verlaufe dieser ungewöhnlichen Nacht ertappte er sich wiederholt, wie er beim Anblick irgend eines Gesichtes oder eines Gegenstandes sich angestrengt ihrer zu entsinnen trachtete, sie alle aus dem tiefen Dunkel des Vergangenen oder Niedergewesenen herausholte.

Wäre er sich nicht des Gegenteils bewußt — er könnte meinen, schon einmal dagewesen zu sein, so bekannt und vertraut hätte ihm das alles in gewissen Augenblicken. Das war peinlich, denn es entzweiete ihn etwas sich selbst und den Seinigen und näherte ihn beängstigend diesem öffentlichen Hause mit seinem wüsten, widerlichen Treiben.

Das Schweigen wurde nun lästig. Er fragte:

„Warum trinken Sie nicht?“

„Sie fuhr zusammen.“

„Wie?“

„Sie sollen eins trinken, Ljuba. Warum trinken Sie nicht?“

„Ich mag nicht allein trinken.“

„Lieber trinke ich nicht.“

„Und allein mag ich nicht.“

„Lieber esse ich eine Birne.“

„Essen Sie nur. Dazu habe ich sie ja bestellt.“

„Und essen Sie keine?“

Das Mädchen wandte sich ohne Antwort ab. Aber sie erhätschte auf ihren nackten und durchsichtigen roten Schultern noch seinen Blick und warf ein graues, gestricktes Tuch über.

„Es ist etwas kalt“, sagte sie abgerissen.

„Ja...“ etwas lächelnd, stimmte er zu, obwohl in dem kleinen Zimmer die größte Hitze herrschte. Wiederum trat ein langes und gespanntes Schweigen ein. Aus dem Saal klangen laute lodende Töne eines Ritoruel herüber.

„Man tanzt —“ sagte er.

„Man tanzt —“ bestätigte sie.

„Weshwegen, Ljuba, wurden Sie so wütend auf mich, daß Sie mich schlügen?“

Das Mädchen zögerte etwas, dann gab sie scharf zur Antwort:

„Es war nötig so und deshalb schlug ich Sie eben. Hab' ich Sie doch nicht umgebracht, was fragen Sie da lange?“

Sie lächelte unglücklich.

(Fortsetzung folgt)

# Die Kommunisten und die Gewerkschaften

Nachdem die „Rote Fahne“ drei Tage nach Luft gefchnappt hat, bringt sie Dienstag abend einen Leitartikel über „das Treiben des A. D. G. B.“ in Halle als Erwiderung auf unsere Äußerungen zu dem Halleischen Konflikt, die wir bereits in unserer Abendausgabe vom Sonnabend taten. Um zu beweisen, „auf welchem unlagbar erbärmlichen Niveau die „Freiheit“ angelangt ist“, weil sie das Vorgehen des A. D. G. B. gerichtlich findet, bringt die „Rote Fahne“ einen Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftsvorstände von Halle vom 10. Februar, die auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfand, um eine Aussprache zu pflegen über die Zustände in Halle und über die Maßnahmen des Bundesvorstandes. Ganz abgesehen von der Frage, welchen Wert ein Bericht hat, der aus der Feder von Leuten stammt, die List, Betrug und Verschönerung der Wahrheit ganz offen als die für ihre Zwecke geeigneten Kampfmittel erklären, steht in diesem Bericht einfach nichts, was auch nur im mindesten geeignet wäre, über die Vorgänge in Halle sachlich zu informieren. Wenn irgendetwas aus diesem Bericht hervorgeht, so ist es nur die grenzenlose Verlegenheit der Kommunisten, die sich plötzlich aus ihrer heldenhaften Angriffsstellung, in der sie sich nach der Spaltung unserer Partei und der Gründung der neuen Vereinigten Kommunistischen „Massenpartei“ fühlten, in eine Abwehrposition gedrängt sehen.

Diese Verlegenheit kommt auch in anderen Äußerungen der kommunistischen Presse zum Ausdruck. Die „Rote Fahne“ vom Sonnabend abend widmete dem Kampf in den Gewerkschaften einen Leitartikel, in dem wieder einmal behauptet wird, daß die Kommunisten gar nicht die Absicht hätten, die Gewerkschaften zu spalten. Aber diese Behauptung wird nicht mehr mit der lärmvollen Großmäuligkeit ausgesprochen, die wir sonst in dieser Gattung von Literatur gewöhnt sind, sondern ganz bescheiden und still vermerkt.

Die nichtkommunistischen Gewerkschafter, schreibt der Leitartikel der „Roten Fahne“, seien nicht in der Lage, den Unterschied zwischen einer Gewerkschaft und einer Partei zu erkennen. Die Spaltungen der sozialdemokratischen Parteien seien notwendig und darum sei es gerechtfertigt gewesen, daß die Kommunisten diese Spaltungen gefördert haben. Anders die Gewerkschaften. Sie seien die wirtschaftlichen Organisationen des gesamten Proletariats und ihre Grundlage sei „die Tatsache eines bestehenden wirtschaftlichen Zustandes“. Die Arbeiter sind daher in ihnen nicht auf Grund einer bestimmten Weltanschauung Mitglied, sondern zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele. Und darum müßten sie wohl alle Arbeiter umfassen.

Aber — der Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft sei schon auf dem Heideberger Parteitag im Oktober 1919 scharf betont und in den angenommenen Leitsätzen formuliert worden. In diesen Leitsätzen heißt es:

„Aufgabe der politischen Organisation ist die Führung im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minorität gelöst werden.“

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die Durchführung des Kampfes selbst. Diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.“

Das deckt sich nahezu wörtlich mit den Moskauer Thesen über die Gewerkschaftsfrage und mit den in den Statuten der dritten Internationale enthaltenen Paragraphen, die sich mit den Gewerkschaften beschäftigen, nur daß der Grundsatz, daß die politische Partei die Führung, die Gewerkschaft die Durchführung des Kampfes auszuführen habe, also dem Kommando der politischen Partei unterstellt sein müsse, in den Moskauer Erzeugnissen schärfer als im Heideberger Programm zum Ausdruck kommt. Um dieses Ziel zu erreichen, war die Bildung einer Gewerkschaftsinternationale in Moskau notwendig, die, unter dem Diktat der politischen Moskauer Internationale stehend, die Aufgabe hat, die Gewerkschaftsbewegung der Welt von einer zentralen Stelle aus zu erobern, um sie unter das Machtgebot der kommunistischen Partei zu beugen.

Das ist, wie wir gleich zu Anfang der Debatten über die Frage Moskau vor Amsterdam betont haben, des Übels Kern. Und das ist es, wogegen sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung wehrt und leider wehren muß, selbst auf die Gefahr hin, daß während der Dauer dieses Abwehrkampfes gegen die zersetzenden Methoden der Kommunisten unsere Genossen an die Seite der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer gedrängt werden, obwohl auch uns scharfe Gegensätze von den Anhängern der „Arbeitsgemeinschaften“ trennen.

Obwohl das Geschrei der „Roten Fahne“ über den Gewerkschaftskrieg allmählich langweilig wird, haben wir dennoch wieder einmal auf den Kern der ganzen Frage hinweisen müssen, um einer Verwischung des wirklichen Gegenstandes vorzubeugen. Diese Verwischung versuchen die Kommunisten gegenwärtig, indem sie immer wieder betonen, daß nicht sie, sondern die Zentralvorstände die Gewerkschaften spalten wollen. Was die Kommunisten zur Sache noch zu sagen haben, läuft nur noch und immer wieder auf diese Formel hinaus. Und abgemesseneres Zeug ist nicht gut denkbar.

Welches Interesse können die Zentralvorstände wohl an einer Zerstückelung der Gewerkschaften haben? Der ganze Einfluß der Bureaucratie, deren Tendenzen auch wir nicht lieben, beruht doch auf der Größe der Organisationen, und die Vorstände müßten aus heillosen Trotzeln bestehen, wenn sie mutwillig die Stützen ihrer Bedeutung zerstückeln würden. Das greift ein Kind mit Händen. Aber die kommunistische Presse wagt es dennoch, ihren Lesern diesen Schwanz täglich von neuem vorzuführen. Aber wenn wirklich die Zentralvorstände die Verbände spalten wollten, weil sie sich anders nicht in ihren Positionen halten zu können, warum haben sie es dann nicht schon längst getan? Warum haben sie es nicht sofort getan, nachdem die Opposition unter Führung unserer Genossen und unter Teilnahme zahlreicher Kommunisten ihnen überall scharf auf den Leib gerückt ist und viele der rechtssozialistischen Funktionäre bereitwillig Hilfe?

Obwohl es schwer fällt, Leuten Glauben zu schenken, die jene schon oben angedeuteten Methoden der Ueberlistung und des Betrugens ihres Gegners in täglicher Praxis üben, und obwohl zahlreiche Tatsachen dagegen sprechen, wollen wir dennoch gutgläubig wie wir sind, unterstellen, daß die eigentlichen Führer der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften, die von der Zentrale aus ihre Fäden spinnen, einseitigen noch nicht die Absicht haben, die Gewerkschaften zu zerstören. Denn was ihnen im Falle von Abspaltungen gegenwärtig folgen würde, das wären keine hilflose Häuflein, an deren Spitze sie sich noch ungemühter fühlen würden als ohnehin. Aber wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Drahtzieher in der Zentrale ja nicht in der Lage sind, ihre einzelnen Leute in den Gewerkschaften so geschickt zu dirigieren und so stramm am Faden zu halten, daß kein Schaden geschieht. Außerdem ist das ja alles nur Ansicht und Auffassung der deutschen Kommunisten, vorausgesetzt, daß sie ehrlich gemeint ist. Moskau aber hat bereits die Arbeiter-Unionen in die russische Gewerkschaftsinternationale aufgenommen. Es wird den Kommunisten nichts helfen, daß sie sich mit einigen Verlegenheitswendungen gegen diese ihnen peinliche Beurteilung der Arbeiter-Unionen durch ihre

russischen Führer wehren. Das Organ der Freien Arbeiter-Union in Sankt-Petersburg steht bereits vollends auf dem Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale. Es macht die lebhafteste Propaganda für den Kongreß dieser Internationale am 1. Mai und es ist bereits Organ der kommunistischen Betriebsräte ihres Verbreitungsgebietes. Die Suche steht also um sich.

Darum und an anderen Folgeerscheinungen der von Rußland geleiteten kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften, zeigt sich schon und wird sich weiter zeigen, daß die Konsequenz dieses Treibens innere Zerrüttung und weitere Abspaltungen sein werden. Das ist eigentlich alles, was wir bisher gegenüber der kommunistischen Propaganda behauptet haben. Und daran halten wir sehr, weil uns die Tatsachen mehr und mehr recht geben.

Unser Mißtrauen wird gesteigert, weil wir wissen, daß sich unter den kommunistischen Gewerkschaftsführern jene Leute befinden, die schon wiederholt einen Anlauf zur Spaltung der Gewerkschaften genommen haben. So Koenen in seinem bekannten zustimmenden Brief an die Arbeiter-Unionen und die ehemaligen Hauptlinge aus der Münzstraße, die nach dem großen Streik der Metallarbeiter im Herbst 1919 von den Berliner Betriebsräten eine Resolution annehmen ließen, die eine scharfe Abgabe an die Einheit der Gewerkschaften darstellte.

Darum ist dieses Treiben eine Lebensgefahr für die Gewerkschaften. Wir leugnen auch nicht, daß die Maßnahme, zu denen die Zentralverbände zur Abwehr gegen diese Lebensgefahr

## Denkt an den Krieg zurück!

Der Prozeß gegen den Soldatenschilder Hiller wurde „vertagt“, d. h. bis nach den Wahlen verschleppt, weil beim Aufruf ein Zeuge fehlte! Bei der ersten Verhandlung vor dem Kameradenengericht erhielt dieser tüchtige Offizier — 7 Wochen Festungshaft!

- Kriegsteilnehmer denkt daran!**
- Denkt daran, wie Ihr von den monarchistischen Offizieren gepeinigt wurdet!** Hiller ist nur einer von den vielen!
- Denkt daran, wie eure Feiniger in Saus und Braus lebten, während Ihr eure Brust dem Kugelregen hinhalten müßtet!**
- Denkt daran, wie die Offiziere sich in den Kasinos bei Sekt, Wein und Gesang amüßerten, während euch der Urlaub zur franten Frau verweigert wurde!**
- Denkt daran, wie die Offiziere speisten, während Ihr mit Kohlrüben und Dörrgemüse gefüttert wurdet!**
- Denkt daran, wie die Offiziere ständig ihre Fustchen auf der Reise mit Lebensmitteln hatten, während eure Familien hungern mußten!**
- Denkt auch daran, daß die Rechtssozialisten den Krieg unterstützten und damit verlängert haben.**

## UESP!

greifen müssen, zu Abspaltungen führen können. Darüber sind sich die Zentralvorstände wohl auch selber klar. Aber wir sprechen schon jetzt aus, daß nicht sie, sondern die Kommunisten die Schuld daran tragen würden, denn auch das wäre nur eine der von uns von vornherein vorausgesagten Folgen dieses wahnwichtigen Spielfelds der Kommunisten. Vor allem aber zwingt der Trieb der Selbsterhaltung die Arbeiterschaft zum schärfsten Vorgehen gegen die Schädlinge der Bewegung. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß es sich schon jetzt fühlbar macht, wie die Gewerkschaften infolge dieser inneren Zerrüttung an Geltung und Einfluß in der Öffentlichkeit wie beim Unternehmensruin Einbuße erleiden. Das darf die Arbeiterschaft nicht weiter zugeben. Sie braucht die Gewerkschaften für andere Zwecke als zur Anziehung von unwürdigen und nutzlosen Spielfeldern, zu denen fast jede Grundkommunistischer Parolen entstehende „Aktion“ führt. Erst wenn die Arbeiterschaft die Schärfe dieses Lärmens ausgemerkt hat, erst dann kann sie wieder mit gesammelter Kraft und mit Aussicht auf Erfolg an das Werk ihres täglichen Kampfes um die Verbesserung ihrer Lage und um ihre endgültige Befreiung gehen.

## Der Ausnahmeprozess in Kassel

### Drschbeschüher gegen Kommunisten

Kassel, 16. Februar 1921

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung richtete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Hartmann eine Warnung an das Publikum, Kundgebungen jeglicher Art, wie sie am Montag voran gekommen waren, zu unterlassen, da er sonst zu schärferen Maßnahmen greifen müsse. Im Anschluß daran ging der Vorsitzende auf die Tatsache ein, daß ein Teil der Berichterichte in den Zeitungen den gleichen Wortlaut wie die Anklage getragen habe und teilte hierzu mit, daß zur Klärung dieses Voralles die nötigen Maßnahmen seitens der Generalkautionen in Kassel eingeleitet worden seien.

Hierauf stellte Rechtsanwalt Dr. Wolff den Antrag, sämtliche sieben Angeklagte aus der Haft zu entlassen. Er wies darauf hin, daß die Gerichte in den Fällen der Marburger Studenten, des Hauptmanns v. Kessel und des Leutnants Kobach, die Angeklagten nicht in Haft genommen haben, wiewohl diesen nicht nur politische, sondern auch gemeine Verbrechen zum Vorwurf gemacht worden seien. Gerade in diesem Prozeß, so betonte der Verteidiger, habe man den Eindruck, als ob hier die öffentliche Meinung einseitig beeinflusst worden sei. Er erkenne gern an, daß keinerlei Veröffentlichungen über diesen Prozeß vom Gericht ausgegangen seien, wohl aber habe der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Dr. Weismann, diese Veröffentlichungen veranlaßt. Es habe in den fraglichen Prozeßfällen gefehlt, daß eine Aktion innerhalb von 14 Tagen bevorstehe. Es sei aber verhängnisvoll worden, daß in dem Material mit dieser Aktion der Streik in Hamburg gemeint war, von dem nachher abgeraten wurde, weil die nötige Teilnehmermehrheit unter der Arbeiterschaft nicht erreicht wurde. Dr. Wolff bezeichnete es als höchst bedauerlich, daß eine Regierungshilfe in solcher Weise

**Gerichte durch das R. I. B. verbreite.**

Der Verteidiger begründete dann eingehend den Haftentlassungsantrag. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, dem Antrag der Verteidigung nicht stattzugeben. Dann wurde in der Bernehmung der Angeklagten fortgesetzt.

Der Angeklagte Lehrer Jäger schildert seine Erlebnisse als deutscher Offizier in Sowjet-Rußland. Er habe dort, wie er erklärt, eine ganz andere Meinung von dem Bolschewismus bekommen. Der Angeklagte Kobach bekundet, daß er eine treibe

Jugend gehabt habe, für die er die kapitalistische Gesellschaft verantwortlich mache. Er sei dann bei der „Arbeiter-Jugend“ eingetreten und habe dort erkannt, daß sein Platz innerhalb des Proletariats sei. Der Angeklagte Kabisch war bei Krupp beschäftigt und gehörte nach der Revolution der „Rollewahr“ an. Der Angeklagte Küster war Mitglied der Kreiswehr in Eisenfeld, die nach seinen Darlegungen der Anfang von dem war, was heute als „Rote Armee“ bezeichnet werde.

Der Angeklagte, Bergmann Kabisch, dem die Anklage vorwirft, daß er Leiter des Unterbezirklichen Vorstandes gewesen sei, erklärt dazu, daß er keine „Rote Armee“ gebildet habe. Er habe nicht mehr nur über die Gefahren, die von reaktionärer Seite drohten, Material gesammelt. Als ihm der Vorjüngende darauf die Urkunde vorlegt, die bei ihm gefunden wurden und ihn über den Ursprung dieser Schriftstücke befragt, antwortet der Angeklagte nur zögernd und in unverständlichen, abgerissenen Sätzen.

**Vorsitzender:** Was heißt 3. D. 2? **Angeklagter:** Des weiß ich nicht. **Vorsitzender:** Müssen Sie doch keine Geschichten. Was heißt denn 3. D. 2? **Angeklagter:** Bezirksleitung. **Vorsitzender:** Und was heißt nun 3. D. 2? **Angeklagter:** Zentraloberleitung. **Vorsitzender:** Hier heißt es in der Urkunde, daß die Zentral-Oberleitung in Berlin war, die Bezirksoberleitung in Essen. Unter dieser standen 5 Bezirksleitungen, dann kamen die Unterbezirksleitungen und unter diesen die Kreise und Ortsgruppen. **Rechtsanwalt Dr. Wolff:** War denn die Zentral-Oberleitung etwas Politisches oder etwas Militärisches? **Angeklagter:** Sie stand außerhalb der Partei. — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß die Organisation nur geschaffen worden sei, um über die

## Bewegung der Drgsch.

von der man im November 1920 Kenntnis erhalten habe, genaueste Nachrichten aus dem ganzen Reich zu bekommen. **Vorsitzender:** Wer hat Ihnen denn die Anweisung für den einheitlichen Plan gegeben. **Angeklagter:** Es war ein Angehöriger unserer Partei, aber keiner von der Zentrale. Der Vorsitzende legt dem Angeklagten eine neue Urkunde vor, die dieser als von seiner Hand geschrieben anerkennt. **Vorsitzender:** Hier heißt es nun auf der ersten Seite, daß bewaffnete Stütztrupps in den verschiedenen Orten Ihres Unterbezirks in einer Gesamtstärke von 621 Mann aufgestellt sind, zu denen als zuzurechnende Reservisten noch 2725 Mann kommen. Auf der Rückseite ist dann die Rede von Stütztrupp-Kommandos, M. G.-Schützen, Radfahrern, Artillerietrupps, Minier-Stütztrupp, eventuell mit Minenwerfern, Sentinältruppen und Fuhrparks. (Zum Angeklagten:) Wann haben Sie das denn geschrieben? — **Angeklagter:** In den letzten Tagen vor meiner Verhaftung. — **Vorsitzender:** Also im Januar dieses Jahres. Was bezwecken Sie denn mit diesen Stütztrupp-Kommandos? — **Angeklagter:** Das bezog sich auf die Drgsch. Wir hatten gehört, daß diese los eingeteilt ist. — **Vorsitzender:** Und was bedeutet auf der ersten Seite die Stütztrupp in Stärke von 621 Mann? — **Angeklagter:** Mit denen wollten wir, falls es nötig würde, gegen die Drgsch. vorgehen. Hierauf bringt der Vorsitzende eine neue Urkunde zur Verlesung, in der die Unterbezirke angefordert werden, bis zum 28. Dezember v. J. an die Bezirksleitung Bericht zu erstatten über folgende Fragen: 1. Sind die Unterbezirke mit den vorgezeichneten Resorits konstituiert? 2. Haben die Resorits ihre Tätigkeit aufgenommen und wie weit ist diese gediehen? 3. Ist die organisierte Zusammenziehung der Kreise und Ortsstäbe erfolgt? 4. Ist der Kurierdienst von der Leitung in Kreise und Ortsstäbe und zu der Geschäftsleitung eingerichtet? 5. Sind genügend Generalstabarten vorhanden? 6. Ist die Verbindung mit Post und Eisenbahn aufgenommen? 7. Wie sind die Unterbezirke militärisch eingeteilt, wie stark sind die Stütztrupps und wie sind sie bewaffnet? 8. Mit welchen Gegnern hat der Unterbezirk zu rechnen, etwa Reichswehr, Drgsch. usw.? Zum Schluß heißt es: Ausführlicher Bericht über diese Fragen ist an den Genossen Wilhelm Teil zu erstatten. Uebersendung darf nur durch Kurier erfolgen. — **Vorsitzender zum Angeklagten:** Wer war denn der Genosse Wilhelm Teil? Der Angeklagte Kabisch jpeinat auf: Hier, ich! **Vorsitzender:** Na also.

Bevor dann die Sitzung geschlossen wird, teilt Rechtsanwalt Wolff mit, daß an Stelle des verhängerten Rechtsanwalts Dr. Penz, Essen, der Vorsitzende der R. I. B. D., Dr. Paul Penz, Frankfurt a. M., voranschicklich die Mitsprachefähigkeit der Angeklagten überprüften wird. Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag Vormittag 9 Uhr vertagt.

## Kapitalistische Rechtsbegriffe in der Republik

Im Kriege entstand die Kriegswirtschaftsgelehrte. Sie war drückend. Dennoch hatte sie einen brauchbaren Gedanken. Strafbar wurde, wer Gegenstände des täglichen Bedarfs durch Kettenhandel und Preisauflage übermäßig zu verteuerte. Der Streit ging nun darum, was man als Gegenstände des täglichen Bedarfs zu bezeichnen hätte. Zuweilen wurden die Gerichte wüthig. So erklärten sie — Trauringe als tägliche Bedarfsartikel und bestraften Goldwarenhändler. Man kann aber auch ohne goldenen Reifring ganz einwandfrei und gut verheiratet sein. Diesen Standpunkt verfechteten auch manche Juweliere und meinten, ein klarer Tag oder silberner Reifen täte es auch. — Alle Lebensmittel und ihre Surrogate, Ober- und Unterlebung, Tischwäsche, Gardinen, Hammer, Seile, Nägel, Zangen usw. sind unentbehrliche Gegenstände des täglichen Bedarfs und der Wucher mit diesen Dingen sollte schwere Strafen auslösen. Wir alle wissen ein Lied davon zu singen, wie unheilbar blind und taub die Göttin Justitia gegen den Wucher war und bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Wir erinnern nur an den ganz unerhörten Wucher mit Möbeln, wie ganz minderwertige Küchengeräte täglich in Preise letterten und schließlich das zwanzig- bis vierzigfache des Friedenspreises erreichten. Eine wahrhaft qualvolle Not herrschte in Tischwäsche. Der Proletarier kann selbst am Sonntag kein Verneigung auf den Tisch legen, er muß sich im besten Falle mit Papiergemeben begnügen, das schon wegen seiner Unhaltbarkeit sich als übermäßig teuer erweist. Diese Gegenstände des täglichen Bedarfs subjektiv auch die Mechanische Leinwand, Weberei normals J. A. Martin u. Co. Sorau (Niederlausitz). Diese Firma verteilt für das Betriebsjahr 1920 an die Aktienbesitzer zwanzig Prozent Gewinn, ferner eine Gratifiktion, und legt extra eine Million und achtmillionwertigen Mark zurück. — Hier entleert die Frage: Was darf ein solcher Vorgang geduldet werden und wie ist dieser Riesengewinn in Einklang zu bringen mit der Wuchererleiherung und der Ersaffung übermäßiger Gewinne?

Vor allen Dingen wird die Sorauer Arbeiterschaft hier nach dem Rechten zu sehen und der Deffenlichkeit zu berichten haben.

Das große Defizit der französischen Eisenbahn. Das Defizit der französischen Eisenbahn für 1920 beträgt nicht weniger als 3 Milliarden 100 Millionen Franken. Der Defizitbetrag wird pro Tag auf 8 Millionen Franken berechnet. Diese Tatsache hat in der Finanzkommission des Senats eine ausführliche Debatte veranlaßt. Die Kommission, die der Meinung ist, daß der achtstündige Arbeitstag am meisten zu dem großen Fehlbetrag beigetragen hat, hält es für ratsam, die achtstündigen Stunden einzuführen. Auch sagt man über die vielen Freizeitstunden. — Die Herren des französischen Senats glauben sich wohl besonders erleuchtet, wenn sie das Defizit der Eisenbahnen den Arbeitern in die Schuhe schieben. Sie erweisen sich damit ebenbürtig ihren Gefährten in Deutschland. Würden sie tiefer urteilen, müßten sie sich selbst anklagen. Denn haben wir drüben ist die Kriegspolitik die eigentliche Ursache der Zerrüttung der Verkehrsverhältnisse und damit Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen.

# Groß-Berlin

## Schild Stimmgabel an Cure Verwandten auf dem Lande!

Wir sind mitten in der Wahlarbeit für den 20. Februar. Die letzten Tage vor der Wahl wird mit Hochdruck gearbeitet. Unsere Genossen in Groß-Berlin müssen restlos auf dem Posten sein, um bis zum Sonntag mitzuhelfen, alle Wahlarbeiten zu erledigen. Wenn jeder seine Pflicht tut, ist die Arbeit schnell getan.

Draußen in der Provinz ist die Arbeit schwieriger. Dort müssen unsere Freunde eine ganze Anzahl Ortsgruppen belegen und sie tun es auch gern und freudig.

In vielen ländlichen Gegenden fehlt es aber an Organisation und an Kräften. Es ist möglich, daß unsere Wahlaufträge nicht überall hinkommen. Nun gibt es unter unseren Genossen in Groß-Berlin viele, die vom Lande sind und in ihrer Heimat Verwandte und Bekannte haben. Sie können bis zum Sonntag noch viel tun, wenn sie Stimmgabeln an ihre Verwandten auf dem Lande schicken. Der Stimmgabel, der für Berlin gilt, hat auch Gültigkeit für die Provinzen in Preußen! Die Genossen wollen sich sofort von ihrem Bezirksführer einige Stimmgabeln verschaffen und sie sofort abgeben. Dadurch helfen sie ohne große Mühe und Kosten für einen guten Ausfall der Wahl.

Genossinnen und Genossen! Nutzt jede Gelegenheit zur Propaganda für die Wahl der Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei!

## Zur einmaligen Einschulung in Berlin

Die Berliner Schuldeputation hat sich in einer besonderen Sitzung mit der obigen Angelegenheit beschäftigt. Ueber die Sitzung wird folgender Bericht verbreitet: In einer Sonder-sitzung der Schuldeputation, in der am Dienstag, den 18. Februar, noch einmal die Notwendigkeit der einmaligen Einschulung und die Maßnahmen für den Uebergang eingehend geprüft wurden, herrschte volle Uebereinstimmung aller Mitglieder darüber, daß bei dem Uebergang von der zweimaligen zur einmaligen Einschulung eine gleichzeitige Umwandlung aller Michaelsklassen stattfinden müsse. Um kein Kind auch nur im geringsten zu schädigen, wurde beschlossen, daß jede Michaelsklasse um ein halbes Jahr emporrücken solle, daß also aus der 7. M eine 6. b, aus der 6. M eine 5. b usw. werden solle. Dabei werden die Klassen nicht aufgelöst, und die Kinder jeder Klasse bleiben im Verbands ihrer Mitschüler und möglichst unter Leitung ihrer bisherigen Lehrer. Die unterrichtliche Angleichung dieser Klassen an die bestehenden O-Klassen soll ganz allmählich und behutsam ohne besondere Anstrengung der Kinder vor sich gehen. Auch eine zu befürchtende Schädigung körperlicher Kinder soll vermieden werden. Von Ostern 1922 an werden die Kinder, die sonst ein halbes Jahr zurückgelehrt werden müßten, in Förderklassen vereinigt und ohne Zeitverlust nach einem Jahr ihrer Klasse wieder zugeführt. Im Laufe der Verhandlungen sprach die Schuldeputation ihr Bedauern darüber aus, daß durch den Beschluß des Reichsschulamtes, den Anfang des Schuljahres auf einen Frühjahrsstermin zu legen, der erste Oktober als Anfang des Schuljahres auszuweisen müßte. Es hätte dann durch Zusammenlegung der Sommer- und Herbstferien auch eine Ferienordnung geschaffen werden können, die den unterrichtlichen Großstadtkindern zum Segen geworden wäre. Die Kinder, die bisher zum Oktobertermin eingeschult worden sind, werden natürlich nach achtjährigem Schulbesuch auch zu diesem Termin entlassen. Bei Einführung der einmaligen Einschulung tritt folgende Bestimmung in Kraft: Schulpflichtig sind alle Kinder, die bis zum 31. März das sechste Lebensjahr vollendet haben. In Ausnahmefällen können auch Kinder, die in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September sechs Jahre alt werden, schon vor Vollendung des sechsten Lebensjahres zu Ostern eingeschult werden, wenn ihre körperliche und geistige Schulleistung durch den Schularzt bezeugt wird. Bei dem ungünstigen Ernährungszustand unserer Kinder erwartet die Schuldeputation, daß unsere Bevölkerung von diesem Ausnahmestillschicken möglichst geringen Gebrauch machen wird.

Die getroffenen Bestimmungen sind Uebergangsbestimmungen, die an der Sache selber nichts ändern. Es bleibt also bestehen, daß die einmalige Einschulung erfolgen soll, was eine Verschlechterung unseres Berliner Volksschulwesens darstellt.

## Zurücknahme der Maßregelung der Elektrifizierungsarbeiter

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Kündigung bei 29 der gekündigten Elektrifizierungsarbeiter zurück-zuziehen, ohne an den Schlichtungsausschuß zu gehen und die von den Direktoren selbst beantragte Beurlaubung der Direktoren aufzuheben.

Damit ist der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beigetreten. Die Direktion bestand auf der Entlassung und weil ihr nicht sofort stattgegeben wurde, reichte sie ihre Entlassung ein. Dieser wurde in der Form einer einstweiligen Beurlaubung stattgegeben. Jetzt wird es sich zeigen, wie die Direktion sich stellen wird, nachdem gegen ihren direkten Willen entschieden worden ist. Die Arbeiter werden dieser Direktion keine Träne nachweinen.

## Sprechstunde für Elternbeiräte jeden Montag 6-8, Freiheit-Bibliothek.

Mit den Vorgängen im Osthaus und mit den Beschlüssen des Verwaltungsrats beschäftigte sich eine Vollversammlung aller Hand- und Kopfarbeiter des Betriebes. Es wurde folgende Resolution angenommen: Wir protestieren auf das Energischste gegen die Ungehörigkeiten der bürgerlichen Presse, und geloben, derartige Blätter, die uns selbst beschimpfen, und in der größ-

ten Art beleidigen, nicht mehr in unserem Haushalt zu dulden. Wir bedauern ferner, daß ein Magistrat, welcher eine sozialistische Mehrheit aufweist, nicht einmal selbst die wenigen Rechte, die im Betriebsrätegesetz verankert sind, achtet und sich, wie am 9. 2. gesehen, darüber hinwegsetzt. Wir erwarten, daß der Magistrat das begangene Unrecht einzieht und sofort seinen Beschluß entsprechend revidiert. Des weiteren verlangen wir vom Verwaltungsrat, daß er die gegen den Betriebsrat vorgebrachten Anschuldigungen sofort untersucht unter Hinzuziehung der Beschuldigten. Auch fordern wir, daß der Verwaltungsrat Magistratsbeschlüsse nicht einseitig zu Ungunsten der Arbeiterkassen auslegt und dadurch verschärft. Wir verlangen, daß der Verwaltungsrat seine Kündigungen zurückzieht, da dieselben ohne Zustimmung des Betriebsrates erfolgt sind. Wir geloben, fernerhin hinter dem rechtmäßigen Betriebsrat und seinen Maßnahmen zu stehen und hülligen das passive Verhalten der sich neugebildeten provisorischen Betriebsvertretung. In den Verwaltungsrat für Hülen und Schiffahrt wurde eine Resolution gefaßt, die im Sinne obiger Entschlüsse scheinung Erledigung der Angelegenheit verlangt.

U. S. P. D. Funktionäre des Internationalen Bundes der Kriegsoffiziere werden zu einer Besprechung am Donnerstag, den 17. abends 7 Uhr, in die Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eingeladen. Thema: „Wie stellen wir uns zum 3. B. der Kriegsoffiziere. Ref.: J. Bart und Max Berndt.“

Die Abteilung „Witwen- und Waisenversorgung“ des Hauptversorgungsamts der Provinz Brandenburg ist mit dem 7. 2. 1922 von Berlin NW 8, Schiffbauerdamm 5, nach Berlin-Schöneberg 1, General-Pape-Str. 6 (unmittelbar am Ringbahnhof-Papstraße) verlegt worden. Alle für das Hauptversorgungsamts der Provinz Brandenburg bestimmten Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Ein gemeingefährlicher Einmisseteiler, der schon lange gesucht wurde, ist endlich von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Er entpuppte sich als ein Schauspieler Kölsch. Dieser mietete bald hier bald dort ein möbliertes Zimmer bei alleinstehenden Frauen, die froh waren, so eine Nebeneinnahme zu haben. Er zahlte eine Kleinigkeit an und ließ sich jedesmal die Schlüssel geben, weil er erst spät abends nach Hause kam. In der Nacht kam er dann ganz leise nach Hause, packte an Wände und was er sonst für mitnehmenswerte Habseligkeiten, schlich sich ebenso leise wieder hinaus und verschwand mit der Beute. Das Treiben war um so verwerflicher, als die betroffenen Frauen selbst nichts übrig hatten. Kriminalkommissar Geiseler hat dem Verhafteten bereits 50 Diebstähle dieser Art nachgewiesen, erfuhr aber Vermieterinnen, die weiter noch bestohlen sind, sich im Zimmer 133 des Polizeipräsidiums zu melden. Als Abnehmer des Diebes wurden mehrere Schwärzler und polnische Händler ermittelt. Sein Hauptversteher aber war ein Pole Berel Dembina. Auch dieser wurde festgenommen.

Für über eine Million Telegraphendräht ist in den letzten zehn Wochen allein in der Umgebung von Berlin gestohlen worden. Diebe haben es besonders auf die wertvollen Bronze- und Hartkupferdrähte abgesehen, für die sie am leichtesten Käufer finden und die ihnen das meiste Geld bringen. Sie schneiden diese Drähte oft gleich Kilometerweise ab. Das Treiben verurteilt der Allgemeinheit nicht nur großen Schaden an Metallwerten, sondern hört auch sehr empfindlich viele Geschäftsbetriebe, die auf den Telegraphen und den Fernsprecher angewiesen sind. Die Postverwaltung belästigt es zudem noch mit umfangreichen und kostspieligen Erneuerungsarbeiten. Die besonderen Vorkehrungen, die getroffen worden sind, um die Diebe unschädlich zu machen, haben zwar schon wiederholt zu Festnahmen geführt, aber es tauchen immer neue Banden auf, die das verbrecherische Treiben fortsetzen.

Zwei alte Pferdodiebe unschädlich gemacht. Gestern abend gelang es Detektiven, zwei alte Pferdodiebe unschädlich zu machen und ihnen ihre Beute, zwei Pferde nebst Wagen, abzunehmen. Es handelt sich um die vielmal vorbestraften Hausdiener Karl Pistoriski, Dresdener Str. 84 und Friedrich Messinger, Seebaldstr. 10. Sie hatten vorgestern ein Gespann der Berliner Gipswerke vom Hofe des Grundstücks Oranienstr. 20 durch den flüchtigen, langgekauften Verbrecher Max Hartung stehlen lassen, der das Gespann an Pistoriski weitergab. Dieser brachte das Gespann nach dem Hause Schleifstr. 6, wo die Pferde ausgepant und vor einen Wagen der Firma Rennhändler, Walbertstr. 6, gepant wurden. Dann fuhren die Verbrecher in Berlin umher, um die ganze Beute zu verkaufen. Da ihnen das nicht gelang, sollten die Pferde am Abend zu einem Schlächter nach Weihensee zum „Schwarzschlachten“ verkauft werden. Die Detektive waren den Kerlen aber auf den Fersen und holten sie kurz vor Weihensee ein.

Bei dem Betrieb jählicher Fünfsigmarfische wurden gestern der 30 Jahre alte Schlosser Paul Rothenberg aus der Pflasterstraße und der 43 Jahre alte Puhler Fritz Pruwel festgenommen.

Syänen der Nacht. Der 39 Jahre alte Schneider Karl Beywald aus Weihensee hielt in der vergangenen Nacht an der Ecke der Elbinger- und Werneudener Straße einen jungen Burschen an und verlangte von ihm Zigaretten. Als dieser sich absteigend verhielt, fiel der Rohling sofort über den jungen Mann her und schlug ihn nieder. Auf seine Hilferufe eilte ein Diensthundführer, der sich auf einer Streife befand, herbei und forcierte den Straßenräuber auf, mit ihm zur Wache zu gehen. Sofort griff dieser in die Tasche und feuerte aus einem bereitgehaltenen Revolver einen Schuß auf den Beamten ab, der zum Glück fehlging. Jetzt machte auch der Beamte von seiner Waffe Gebrauch und strackte seinen Angreifer durch zwei Schüsse nieder. Mit Verletzungen an der linken Hand und des linken Lungenflügels schaffte man ihn als Polizeigefangenen nach der Charité.

Festnahme von Zigarettenstehlern. Gestern nachmittag fuhren der 28 Jahre alte Händler Rudolf Wücher und der 32jährige Arbeiter Walter Steinert in einem Auto vor dem Hause Mohrstraße 68 vor, um dort etwa 25000 Zigaretten zu verschleppen. Kriminalbeamte hatten aber die beiden schon auf dem Korn und wollten die beiden Schieber festnehmen. Diese ergriffen scheinung die Flucht und Wücher gab dabei, um die Verfolger zurückzuhalten, mehrere Schüsse auf sie ab, die von den Beamten erwidert wurden. Während man Wücher auf der Straße fest-

nehmen konnte, lief Steinert in das genannte Haus hinein und versteckte sich auf dem Dachboden, wo er aber auch bald aufgespürt und festgenommen wurde. Man fand bei den Verbrechern eine Pistole und mehrere falsche Papiere.

Freiwillig den Tod gesucht. Die 37 Jahre alte Frau Anna Th. vergiftete sich gestern in ihrer Wohnung in der Schmidtstraße mit Leuchtgas. Als man sie auffand, war sie bereits tot. Das Motiv ist noch unbekannt. — Die 43 Jahre alte Frau Anna R. machte auf die gleiche Weise ihrem Leben ein Ende. In der Wohnung ihrer Schwester, am Kolbener Damm, vergiftete sie sich mit Gas. Die Unglückliche lebte von ihrem Mann getrennt und war infolge dessen gemütskrank geworden.

Verschundene Kinder. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht der Polizei das Verschwinden von Kindern gemeldet wird. Gestern ist die 13jährige Anna Lehmann aus der Prinz Handjersstraße 52 nach der elterlichen Wohnung nicht zurückgekehrt.

## Arbeitersport

Märkische Spielvereinigung Bezirk Groß-Berlin. Mit Ausnahme der Gruppe D der 1. Klasse fallen sämtliche Spiele der Wahl wegen aus. Gruppe D spielt wie angelegt, außer Luden-walde. Jugendspiele finden wie angelegt statt.

Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“. Sonntag, den 20. Februar, ist es Pflicht, daß sämtliche Bundesgenossen sich zur Wahlarbeit nach Ronneburg 7 bei Heinrich begeben. Die Bundesgenossen dürfen keine Wahlarbeit einzeln in den Bezirken übernehmen, es werden die Hilfskräfte nur von unserer Radsportzentrale von früh 8 Uhr ab bezogen. Auskunft über Tourenfahrten erteilt Otto Hankel, Zentralfahrwart, Reutkölln, Richtenrader Str. 31.

## Gewerkschaftliches

### Gewerkschaftsfunktionäre!

Für die in den Betrieben tätigen Vertrauensleute, Obleute, Betriebsräte aller Branchen und Berufe erfolgt am Donnerstag, den 12. bis 5 Uhr nachmittags die Ausgabe von neuem Agitationsmaterial. Legitimation ist mitzubringen.

U. S. P. D. Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Bandes. Am Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, findet für die U. S. P. D. Mitgliedschaft der Zählstelle Berlin eine sehr wichtige Versammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 86, statt. Es wird jedem zur Pflicht gemacht, zu erscheinen. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft legitimieren. Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. Die Geschäftsleitung J. A. Fritsch Schneider.

### Kampf in der Bürstenindustrie

Die in der Bürstenfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter unterziehen einem 1919 abgeschlossenen Reichstarif. Im November desselben Jahres erfolgten auf die in diesem Reichstarif vorgesehene Grundlöhne neue Zuschläge. Die Berliner Unternehmer erkennen aber den Reichstarif nicht an und weigern sich, diese Zuschläge zu zahlen. Alle Verhandlungen in dieser Frage sind an dem Starrsinn der Bürstenmacherunternehmer gescheitert.

Nachdem dieser Verhandlungszustand durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer und die Langmut der Arbeiterkassen jetzt monatelang dauert, haben sich die dem unterzeichneten Verbands angeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, für die Durchführung des Reichstarifs in den Kampf zu treten. Und in befinden sich die größeren Betriebe der Bürstenindustrie Berlins im Streik.

Die kämpfenden fordern nun die übrigen Arbeiter auf, sie in diesem Kampfe solidarisch zu unterstützen. Unter keinen Umständen ist in Bürstenfabriken Arbeit anzunehmen! Jede Streikarbeit ist selbstverständlich abzulehnen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin.

### Wie die Schutzpolizei das Betriebsrätegesetz schützt

Nach § 96 des Betriebsrätegesetzes dürfen Betriebsratsmitglieder ohne Zustimmung der Betriebsvertretung weder gefoltert, noch nach einem anderen Verbot bestraft werden.

Seit dreizehn Jahren kämpft der Betriebsrat der Schutzpolizei, Part 2, Jungfernheide, um die Erhaltung der seiner so wenigen Rechte dieses Gesetzes.

Der Obmann des Betriebsrates, M., wurde im April n. Ja. anlässlich des Kapp-Putsch wegen einer Eingabe an den Minister des Innern, die, bevor sie ihr Ziel erreichte, bereits zur Kenntnis derjenigen gekommen war, gegen die sie gerichtet, listlos entlassen, ihm das Betreten des Geländes verboten und dadurch an der Ausübung seines Amtes gehindert. Durch das Eingreifen der zuständigen Organisation wurde auf Anordnung des Ministers des Innern am 30. April 1920 verfügt, daß der Betriebsrat sofort wieder einzustellen sei. Vorlage eines Berichts, aus welchem Grunde er entlassen und bis zur Entscheidung mit Gehalt zu beurlauben. Der Bericht sollte bis zum 5. 5. 1920 unmittelbar vorgelegt werden. Das Betreten des Betriebes und somit die Ausübung seines Amtes als Betriebsrat wurde M. durch einen Offizier des Depots schriftlich verboten. Ausgangs August 1920 erhielt M. folgendes Schreiben:

M. D. J. Abt. II. Depot Nr. Abt. II.

Herrn . . . . . Berlin.

M. Verfügung des Ministers des Innern II. H. Nr. 1573/20 B (A) sind Sie auf Grund der abgeschlossenen Untersuchung mit dem heutigen Tage entlassen.

Anbei ein Entlassungsschein, eine Steuerkarte und eine Invalidentaxe. Reinickendorf, den 24. August 1920. gez. Kleinf.

**MANOLI**

Abbas

Divoa

**DIE BESTEN CIGARETTEN**

Einseitig, ohne dem Betriebsrat die Möglichkeit der Verteidigung und Nichtinsetzung zu geben, hätte man hier also entschieden. Der Betriebsrat legte gegen die Entlassung beim Schlichtungsausschuss Groß-Berlin Beschwerde ein mit der Begründung, daß die Entlassung nicht ohne Zustimmung der Betriebsvertretung hätte vorgenommen werden dürfen und stellte den Antrag auf Weiterbeschäftigung.

Da ein gerichtliches Verfahren nicht anhängig gemacht worden war, vor dem Schlichtungsausschuss die Aussetzung des Verfahrens auch nicht beantragt wurde, entschied derselbe im Sinne des Antragstellers. M. mußte wohl oder übel wieder eingestellt werden, jedoch wurde seine Weiterbeschäftigung verweigert. Trotz unserer gerüttelten Finanzen erhielt ein Mann im Vollbesitz seiner Kraft etwa 10 Monate seinen Lohn, ohne ihm die Möglichkeit zu geben, sich produktiv betätigen zu können.

Anfang Februar d. J. erhielt M. den Befehl, sich spätestens bis zum 4. 2. 1921 in einer anderen Dienststelle zur Arbeitsaufnahme zu melden, was ebenfalls eine Verletzung des § 96 des B.R.G. darstellt. Ein Vermittlungsversuch seitens der Organisation und dem stellvertretenden Obmann beim Minister des Innern wurde von diesem abgelehnt mit der Begründung, die Angelegenheit nicht einseitig behandeln zu wollen.

Eine am 3. 2. 1921 im Depot II Reinickendorf stattgefundene Betriebsversammlung beschloß, gegen die Behinderung der Amtsausführung des M. bei der Staatsanwaltschaft Klage zu erheben und dadurch seine Verlegung rückgängig zu machen.

### Zur Tarifbewegung der Gemeindefahrer

Der Magistrat hat in der Sitzung am 12. Februar er. dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zugestimmt. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab nachfolgendes Resultat:

abgegebene Stimmen: 41 014  
für Annahme . . . . . 35 558,  
für Arbeitsüberlegung . . . . . 5 806,  
ungültig . . . . . 490.

Die Bewegung hat damit ihren Abschluß gefunden.

**Zentralverband der Maschinen- und Heizer.** In Nummer 70 der "Freiheit", vom 11. Februar 1921, heißt es unter "Gewerkschaftliches": Zentralverband der Maschinen- und Heizer. In der Metallindustrie beschäftigte, im Zentralverband der Maschinen- und Heizer organisierte Betriebsräte, machen wir darauf aufmerksam, daß am 17. Februar 1921, abends 6 Uhr, in den Pracht-Sälen "Alte-Berlin", Blumenstr., eine Versammlung stattfindet, in welcher die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Delegiertenwahl stattfindet. Wir bitten alle dienstfreien Kollegen, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. Die Ortsverwaltung, — Da von uns aus dieser Artikel nicht verfaßt wurde, und wir auch nicht wissen, wer der Verfasser des Artikels ist, teilen wir mit, daß die darin belagte Versammlung nicht stattfindet. Wir bitten sämtliche dienstfreien Kollegen, zu unserer Generalversammlung, welche am Donnerstag, den 17. Februar 1921, abends 6 Uhr in Bülers Festsaal, Weberstr. 17, stattfindet, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Die bisherigen Ergebnisse der Kaufmannsgerichtswahlen. In diesen Wochen finden bekanntlich die Wahlen der Richter zu den

Kaufmannsgerichten statt. Bisher liegen die Ergebnisse aus 67 Städten vor. Gewählt sind bis jetzt 302 Vertreter des Gesamtverbandes der Angestellten-Gewerkschaften, 170 Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und 139 Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten. Die erste Gruppe umfaßt den Deutschen Handlungsgewerkschaftsverband und die mit ihm verbündeten Vereine, also die Verbände christlich-nationaler Richtung. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist mit den Christlich-Deutschen Gewerksvereinen liiert, neigt also zur Demokratie, während der Zentralverband der Angestellten den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften angeschlossen ist.

**U.S.V. Sektion der Gastwirtschaftsangehörigen.** Laut Vereinbarung haben sich alle Genossen zur Wahlarbeit ab Freitag in den Distrikten zur Verfügung zu stellen. — Dienstag, den 22., vormittags 10 Uhr, Hofanstellung, Wasser Straße.

**Achtung Musikinstrumentenarbeiter!** Für die Vertrauensleute und Betriebsräte aller Betriebe und Branchen findet am Mittwoch, den 16. Februar 1921, nachm. 5 Uhr, im "Reichenberger Hof", Reichenbergerstraße 147, eine Versammlung statt. Jede Branche der Musikinstrumentenarbeiter und jeder Betrieb muß vertreten sein. Deutscher Holzarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).

**Achtung Bauarbeiter!** Die Brunnendauer Groß-Berlins stehen seit Montag, den 14. Februar 1921, wegen Lohnunterschieden im Streik. Da die Unternehmer versuchen, aus anderen Gewerben Streikbrecher heranzuziehen, werden alle baugewerblichen Arbeiter ersucht, darauf zu achten, daß Streikarbeit nicht verrichtet wird.

**U.S.V. Delegierte des Zentralverbandes der Angestellten.** Notwendige Zusammenkunft am Sonnabend, den 19. Februar, abends 7 Uhr, Breitestr. 11, v. 2 Tr.

**Kaufmännische Angestellte und Werkmeister der Textil-Industrie, Färbereien und chemischen Maschinenbau.** Freitag, 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Neuen Villenstraße, Kammersaal, Kappeler Str. 66/67, U.S.V. Versammlung (amtliche Angelegenheiten der obigen Industrie). Tagesordnung: Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches? U.S.V.-Band, Ortsrat der Groß-Berlin.

**Angestellte des Handels, des Kunst- und Musikinstrumentenhandels.** Freitag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Kreuzerstraße, großer Saal, Bergmann-Str. 57, öffentliche Versammlung sämtlicher Angestellten dieser Branche. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. U.S.V.-Band, Ortsrat der Groß-Berlin.

### Aus den Organisationen

Donnerstag, 17. Februar

**Abteilung Arbeiterkassen.** Das Zentralratkassenamt befindet sich in Vantow bei Babelsberg, Nr. 12, Tel. Bantow 1085. Resultate aus allen Orten sind sofort telephonisch zu übermitteln.

**Zweiter Distrikt.** Die Genossen treffen sich heute abend bei Siemens, Hülms-Str. 35.

**Dritter Distrikt.** Die Abteilungsleiter holen sich heute zwischen 4 und 6 Uhr Material vom Genossen Simon ab.

**Vierter Distrikt.** 11. Abteilung. Abends 7 Uhr Extraversammlung bei Müller, Kollnsee-Str. 41, 5 1/2 Uhr Abschreibung bei Her.

**Fünfter Distrikt.** Abends 5 Uhr ab Abteilungsleiter Material abholen von Kumpel, Jussow-Str. 8.

**Schwerindustrie.** Abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung des Vorkaufsausschusses und des Hauptkomitees im Volkshaus, Seebühnenstraße.

**Rechtsanwälte.** Die Rechtsabteilung holen heute, Donnerstag, nachmittags von 5 Uhr ab Hauptkomitee und sonstiges wichtiges Material vom Genossen Kaufmann ab.

**Kaufleute.** Heute abend 7 Uhr, wichtige Zusammenkunft aller U.S.V.-Holz-arbeiter im Ideal-Kalms, Weidestra. 8.

**Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln**  
Geöffnet 8-6 Uhr Bergstraße 29  
Straßenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, C, P, I.  
Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln.

**Sechs Tage Serien in Schuhwaren**  
von Montag, den 14. Februar bis Sonnabend, den 19. Februar

Herren-Stiefel		Damen-Stiefel	
Serie I Größe 41-42 122.50	Serie II Größe 41-43 in allen Größen 138.50	Serie I Größe 31-35 von 40,- bis 67.60	Serie II Größe 31-35 von 40,- bis 122.50

Kinder-Stiefel  
Größe 27-30 von 40,- bis 67.60 | Größe 31-35 von 40,- bis 122.50  
Einzelpaare in allen Artikeln zu spottbilligen Preisen  
Schuhbesohlung u. Reparaturen prompt u. billigst

**CHARLOTTENBURG** Rieken-Preise für **Altmetalle** **Quecksilber**  
Nicht 100 am Goldkammer (Krisenfabrikation) mit Abstand zum Markte. Angebot unter  
E. R. H. 5237 an Haas & Kaufmann & Vogler, Berlin W. 35

**Botenfrau**  
Epedition Dichtenberg, Tasdorfer Straße 25.

Nach jeder Dichtung hin hat Jeder Die Möglichkeit des Kaufs bei

**FEDER**

Frankfurter Allee 330  
Scharrenstr. 5  
Kortbusser Damm 103

**Möbel-Einrichtungen u. Konfektion**  
zu sehr kalanten Zahlungs-Bedingungen

**Alt-Metalle**  
kauft **Wiemer**  
Pasastraße 3  
und GutsMuthsstraße 111  
bilden an der Wollkornstraße.

**Schlacken**  
können unentgeltlich abgeliefert werden. Schmelzen, Verarbeiten am Saalfeldbrenn.

**Gladwand-Karten**  
zur **Jugendweibe**  
in vornehmer Auslieferung  
Buchhandlung **"Freiheit"**  
Breite Straße 8-9  
und in den "Freiheit"-Geschäften erhältlich.

25 Prozent Rabatt auf leicht beschädigte Bücher und Zeitschriften. Buchhandlung "Freiheit", Breite Straße 8/9.

**Französischer Prunier, Derby Pelisson-Cognac**  
Deutscher Weinbrand 1/1 Fl. 46.50  
Weinbrand-Vorschnitt 1/1 Fl. 43.—  
Flaschenpreis N. 1.— extra. — Versand auch in Ball. u. Paas.  
Für Wiederverkäufer besonders Preilliste.

**J.F. Rauch**  
Engros-Vertrieb: 34, Nord, 2214, Potsdamer Str. 54, Tel. 1001  
Sonder 4, Invaliden 164 u. L. 8. HIL, Waldstr. 10, Friedrichstr. 11  
Gr. Frankf. 112, Seebad, Allee 178, Braunauer 174, Ebn 107.

**Achtung!**  
Seifen-, Drogen- u. Kolonialwarenhandler  
Wir offerieren:

1a Kornseife	200 Gr. Doppelriegel	4.00
Oberschalseife	72 Gr. 200 Gr. 100 Gr.	3.50
Badeseife	prima Qualität, 100 Gramm, per Dutzend	48.00
Feinsoda	ausgezeichnete reine Ware, 100 Gramm	1.56

(einer Kiste 6 Seifen in 100 Gr. Packung, Paraffin-Weißseife, sowie Seifenpulver, Seifen-Edel- und das bekannte Kompositum Desferpauer Marke "Schwan", — 100 Gramm je 100 Gramm Packung.)  
Verlangen Sie Vertreterbesuch.  
Fabrik chem.-techn. Produkte Berlin SW 68, Zimmerstraße 67  
Telephon: Zentrum 397.

**Krisch & Lippmann**

**Assmann**  
**Union Loreley**  
**Otto Reichelt** **Ernst Ladewig**

146 Filialen in Groß-Berlin.

das sind unsere Preise!

Weiße Bohnen Pfd.	1.50	Schweizerkäse Pfd.	32.-	Jg. Schnittbohnen	5.50
" Bohnen "	1.50	Holländer "	22.-	" Brechbohnen	5.50
Grüne Erbsen "	1.95	Edamer "	20.-	" Karotten	5.50
Vikt. Erbsen "	1.95	Dänisch Gouda "	10.-	Gesch. Karotten	5.50
Linsen "	2.85	Cheser "	10.-	Gemüse Erbsen	6.50
Maïsgries "	2.20	Spitzkäse "	10.60	Jg. Erbsen	3.75
Nudeln "	2.95	Harzer "	10.60	Grünkohl	3.75
Haferflocken "	2.95	Faustkäse "	10.60	Kohltrabi Schaben	3.75
Pa. Vollreis Pfd.	3.75	Chines. Tee 1/4 Pfd.	0.25	Marmelade Pfd.	2.50
Tafelreis "	3.75	Holl. Kakao 1/4 "	0.25	Mischobst "	3.00
Pflaumen "	2.50	Palmin Pfd.	13.50	Salz	—

**Kaffee**  
Täglich frisch aus eigenen elekt. Röstereien.  
Hotels, Restaurants, Pensionate und andere Großabnehmer werden durch unsere Centrale i. Schlesienscheschtr. 28 direkt bedient.

**Margarine**  
I. Sorte 1/4 Pfd. 6.—  
II. " 1/4 " 5.50  
III. " 1/4 " 5.—  
Immer frische I. Sorte Pfd. 12.—  
II. " " 12.50  
III. " " 10.—  
mit Buttergeschmack.

**Schmalz**  
Garantiert reines Schweineschmalz  
Pfd. 11.— Mk.